

N i e d e r s c h r i f t

**der 25. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
28.09.2011**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:02 Uhr bis 19:36 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	Stadtratsvorsitzender	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	Teilnahme ab 14:21 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	Teilnahme bis 18:55 Uhr
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	Teilnahme ab 14:15 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	Teilnahme ab 15:46 Uhr
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	Teilnahme 14:05 bis 20:15 Uhr
Frau Birgit Leibrich	parteilos	Teilnahme ab 14:15 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	Teilnahme ab 15:35 Uhr
Herr Rudenz Schramm	parteilos	
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	Teilnahme ab 14:40 Uhr
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	Teilnahme 14:15 bis 17:45 Uhr
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	Teilnahme bis 19:45 Uhr
Herr Robert Bonan	parteilos	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	Teilnahme bis 20:13 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	Teilnahme 14:25 bis 17:45 Uhr
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	Teilnahme bis 20:15 Uhr
Frau Hanna Haupt	SPD	Teilnahme bis 20:11 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	Teilnahme bis 20:15 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	Teilnahme bis 18:40 Uhr
Herr Andreas Hajek	parteilos	Teilnahme bis 18:55 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	
Frau Martina Wildgrube	FDP	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	Teilnahme ab 14:05 Uhr
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	Teilnahme ab 14:30 Uhr
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme ab 14:19 Uhr
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme bis 19:45 Uhr
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme 15:45 bis 18:55 Uhr
Herr Gerhard Pitsch	NPD	
Herr Egbert Geier	Beigeordneter	
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	

Entschuldigt fehlen:

Herr Martin Bauersfeld	CDU
Herr Lothar Dieringer	parteilos
Herr Frank Sänger	CDU
Herr Uwe Heft	parteilos
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.
Herr Gottfried Koehn	SPD

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Patrick Langer teilte mit, dass er wegen des TOP 5.11 - Werbung im öffentlichen Raum - hier sei.

Er äußerte, dass er Gewerbetreibender sei und auch solche Anhänger habe. Außerdem sei ihm bekannt, dass die derzeitige Situation ungeklärt ist. Aus dem Internet konnte er entnehmen, dass heute eine endgültige Entscheidung getroffen werde, wie demnächst mit solchen Werbeanhängern verfahren werden soll.

Zur Verdeutlichung habe er eine Grafik mitgebracht, wie seine Anhänger aussehen. Nach einem persönlichen Gespräch mit Herrn Janz von Ströer DSM wurde ihm mitgeteilt, dass heute hierüber im Stadtrat ein Beschluss gefasst werde.

Aus diesem Grund sei er hier, um zu erfahren was demnächst mit den Anhängern passieren werde.

Herr Langer bekundete sein Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Stadt. Weiterhin wies er auf den Unterschied der Anhänger zu den seinigen hin.

Seiner Meinung nach, sind diese professioneller gefertigt, zudem können sie optional beleuchtet werden und die gibt es in verschiedenen Ausführungen.

Weiterhin fragte er nach der Verfahrensweise und teilte mit, dass er bereits versucht habe in Kontakt mit Herrn Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport, zu gelangen, nur ohne Erfolg.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, honorierte die Werbeaktion für das Produkt von Herrn Langer und informierte ihn darüber, was heute beschlossen werden solle.

Zwischen der Stadt Halle und Ströer DSM läge bereits ein Vertrag vor. In diesem sei eine klare Regelung getroffen wurden, wie mit der Werbung im öffentlichen Raum umgegangen werde.

Der heutige Beschluss befasse sich damit, in welchen Gebieten welche Werbeform zulässig sei. Es werden dabei bestimmte Gebiete, wie z.B. Große Ulrichstraße oder Marktplatz, ausgeklammert, denn hier seien spezielle Regelungen erforderlich.

Die Fragestellung ziele offensichtlich darauf ab, ob diese Werbeform dort zulässig sein.

Herr Langer bejahte dies und informierte, dass die StVO dies zulasse, wenn eine Sondergenehmigung vorliege. Das Ordnungsamt in Halle verweise ihn an die Firma Ströer DSM und diese wiederum verweise ihn an das Ordnungsamt, da sie keine Behörde seien, die die Sondergenehmigung erteile.

Herr Neumann stellte fest, dass demnach nach zu klären sei, ob dieser Art von Werbung die Werbesatzung bzw. das gültige Vertragswerk unterlaufe und damit nicht zulässig sei.

Er ist der Meinung, dass sei bei allen neuen Werbeformen so, dass man dies klären müsse, ob es sich um eine zulässige Form handele oder nicht.

Wenn es eine zulässige Werbeform sei, müsse er, wie alle anderen auch, über den Vertragspartner Ströer DSM eine Regelung treffen, d. h. Gebühren in entsprechender Höhe zahlen, die sich dann die Stadt mit Ströer DSM teilen werde.

Sollte eine Zulässigkeit vorliegen, müsse er sich mit dem Vertragspartner Ströer DSM verständigen

Herr Langer fragte nach, ob es angedacht sei, demnächst diverse Entscheidungen zu treffen.

Herr Neumann teilte ihm mit, dass es sich hierbei um eine neue Werbeform handele und bislang hierzu keine abschließende Meinung gebildet werden konnte. Er fügte hinzu, dass es auf jedem Falle mit Gebühren belastet wäre, sollte es zulässig sein.

Herr Langer äußerte hierzu sein Unverständnis und führte als Beispiel an, dass am heutigen Tag Anhänger abgeschleppt wurden. Und wenn es noch keine Regelung gäbe, frage er sich, wie diese dann abgeschleppt werden können.

Herr Mario Kreller teile den Anwesenden mit, dass er bereits vor einem Jahr hier gewesen sei.

Die Probleme mit dem Hundekot in seiner Straße haben sich bislang nicht geändert. Sie sind schlimmer geworden. Am Schlimmsten fände er, dass, wenn man direkt ins Zentrum oder nach Neustadt möchte, die ausgezeichnete Straße oder der Bürgersteig für die Saline dermaßen bekotet sei und dass da überhaupt nichts gemacht werde.

Es sei ganz schlimm geworden.

Sein Vorschlag ist, die Strafen für diejenigen, die den Hundekot nicht wegmachen, so drastisch zu erhöhen, dass es auch andere Bürger, die Hunde haben, eben Lehre sei, wenn sie es nicht beseitigen.

Als zweites sprach **Herr Kreller** die Parkplatzproblematik an. Er habe auch des Öfteren bei der HWG angerufen.

Er wohnt in einer behindertengerechten Wohnung. Es sei verboten, hintenherum reinzufahren, nur mit Genehmigung ist dies erlaubt, aber neuerdings parken hier Autos, die diese Genehmigung nicht haben. Weiterhin habe er beobachtet, dass eine ältere Dame, die dort bei dem behindertengerechten Eingang raus und rein geht, fast umgefahren wurde.

Auch er habe solch eine behindertengerechte Wohnung mit solch einem Eingang.

Herr Kreller merkte an, dass die Leute keine Rücksicht nehmen. Auch sei die HWG diesbezüglich untätig.

Er frage nun die **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, die seines Wissens im Aufsichtsrat der HWG ist, ob sie etwas unternehmen könne und beispielweise die HWG unter Druck setzen kann.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerte, dass behindertengerechte Wohnungen sehr wichtig seien. Es sei zudem sehr wichtig, dass diese auch wirklich behindertengerecht und somit für Menschen mit Behinderungen auch zugänglich sind. Hierzu gehöre auch die Zufahrt.

Sie fragte Herrn Kreller, ob es sich um die Jacobstraße 25 handele und ob es eine HWG-Wohnung sei.

Herr Kreller antwortete ihr, dass es mehrere Eingänge betreffe. Die Wohnung, in der er wohne, sei eine Wohnung von der WG Eisenbahn.

Der betroffene Eingang gehöre aber zur HWG. Die eine Seite ist der Saalberg und die andere Seite hoch zu, die Lerchenfeldstraße, damit betrifft es die Lerchenfeldstraße.

Die Leute fahren in die Jacobstraße rein und parken dann in der Straße hintenherum, am Eingang, wo gar kein Parkplatz ist.

Es sei für die Bürger damit nicht mehr möglich weder rein noch raus zu kommen. Dies ist der Frechheit der Autofahrer geschuldet, die es sich rausnehmen, dort zu parken.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados nahm diese Problematik auf und sagte Herrn Kreller zu, dies der HWG anzutragen.

Herr Kreller bekundete erneut sein Unverständnis, dass die HWG hier nichts unternehme.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte ihm erneut zu, dass sie sich um das Problem kümmern werde. Sie werde veranlassen, dass die Verkehrsordnung kontrolliere, ob seitens der Stadt Halle etwas unternommen werden könne.

Herr Kreller wies darauf hin, dass die HWG das Problem kenne, da bereits mehrere Bürger sich telefonisch dort gemeldet haben.

Er wollte ein weiteres Problem ansprechen, welches allerdings eine Bekannte von ihm betreffe.

Es handelt sich um ein kleines Mädchen, namens Angelique Frenzel. Sie ist im September in die Grundschule Kastanienallee eingeschult worden. Das Mädchen wurde von 16-jährigen Jungs, wie ihm bekannt geworden ist handelt es sich hierbei um ausländische Bürger, zusammengeschlagen.

Was da genau gewesen ist, wisse er nicht. Er wisse nur, dass das Mädchen 3 Tage im Krankenhaus stationär behandelt wurde. Sie hätte durch die schwere Gehirnerschütterung sterben können. Und es hätten auch innere Blutungen sein können.

Die Schule an sich, die Direktorin, der Schulrat, unternehmen nichts, um dem Mädchen zu helfen. Frau Nadine Frenzel, die Mutter, hat versucht, das Kind in einer anderen Schule unterzubringen. Das Mädchen leidet wahrscheinlich unter einem Schock. Sie weint, sobald sie in die Schule gehen soll.

Herr Kreller fragt, warum der Schulrat nichts unternahme, um dem Mädchen einen anderen Platz zuzuweisen. Es sei offensichtlich, dass das Kind Angst habe, besonders nachdem es zusammengeschlagen wurde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine sofortige Unterstützung durch die Jugendhilfe zu und bat Herrn Kreller, im Anschluss der Einwohnerfragestunde, die Adresse der Verwaltung mitzuteilen, damit man sich schnell mit der Mutter in Verbindung setzen könne.

Herr Kreller fügte hinzu, dass die Mutter selbst sich auch im Krankenhaus befände, er aber gerne die Kontaktdaten hinterlasse.

Herr Uwe Willamowski äußerte sich zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Durchsetzung der Barrierefreiheit.

Der Antrag sei auch unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, dass Deutschland im Jahre 2009 die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet hat. Die Schaffung der Barrierefreiheit sowie die Beseitigung von Barrieren sind darin wichtige Punkte.

Das Behinderungsgleichstellungsgesetz des Bundes sowie das Behinderungsgleichstellungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt haben die gleiche Zielrichtung.

Der Entwurf zur Änderung der Musterbauordnung übernimmt fast wörtlich Passagen aus dem o. g. Behinderungsgleichstellungsgesetzen.

Der Stadtrat befindet sich also in guter Gesellschaft, wenn er von dem Antrag zur Durchsetzung der Barrierefreiheit seine Zustimmung gibt. Die Praxis in der Stadt zeige, dass sie auf dem richtigen Weg ist. Es muss aber noch besser werden.

Allerdings nicht erst in der Zukunft.

Aufgabe des Bauherren, und das ist zweifellos auch die Stadt Halle, ist es, die barrierefreie Weiterplanung von Anfang an zu berücksichtigen.

Die Berücksichtigung der Barrierefreiheit bezieht sich dabei nicht nur allein auf den Menschen mit Mobilitätseinschränkung, sondern auch auf Menschen mit sensorischen Behinderungen. Eigentlich betroffen sind dabei auch Menschen mit kognitiven und seelischen Behinderungen.

Der Allgemeine Behindertenverband der Stadt Halle e. V. wendet sich deshalb mit der Bitte an Sie, an alle Fraktionen, den Antrag zu befürworten.

Er fragte im Anschluss, ob es seitens der Stadtverwaltung Überlegungen gäbe, in Vorbereitung größerer baulicher Veränderungen eine Art Runden Tisch mit allen Behindertenverbänden zu veranstalten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerte, dass diese Thematik die Intention der Stadt - und sie gehe davon aus, auch des Stadtrates sei. Es habe hierzu lange Beratungen gegeben und sie denke, dass dem Antrag heute zugestimmt werden wird.

Sie bestätigte die Aussagen von Herrn Willamowski bezüglich der bereits erreichten Veränderungen, jedoch wolle man eine dauerhafte Institution etablieren, koordinieren solle sie der Behindertenbeauftragte der Stadt Halle. Es sei sicherlich nicht bei jeder kleinen Baumaßnahme möglich, aber bei größeren Vorhaben sollen Menschen mit Behinderung hinzugezogen werden.

Außerdem bestätigte sie ihn insofern, dass eben nicht nur Menschen mit Körperbehinderungen Berücksichtigung finden, sondern auch andere Formen der Behinderung einzubeziehen seien.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fügte hinzu, dass es ihr persönlich ein wirklich großes Anliegen sei, dass alle Menschen am Leben teilnehmen können.

Weiterhin äußerte sie, dass Menschen nicht behindert seien, sondern sie werden behindert, weil Barrieren da sind.

Zusammenfassend stellte sie fest, dass beide Seiten die gleiche Intention verfolgen. Zudem sei ihr bekannt, dass gerade aus den Bereichen des Dezernates für Planen und Bauen und des Zentralen GebäudeManagement, bei den vorgenommenen Baumaßnahmen in den letzten Jahren doch größere Öffnungen eingetreten seien. Die erforderliche Sensibilisierung, sei nun eingetreten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bedankte sich an dieser Stelle bei dem Allgemeinen Behindertenverband e. V. für die hilfreiche Unterstützung.

Herr Roland Manske sagte, dass er im Oktober 2010 eine Frage gestellt habe. Es handelte sich um behindertengerechtes Schwimmen in Halle und ob Hebebühnen oder ähnliches angeschafft wurden. Hierauf habe er eine Antwort erhalten und bedankte sich an dieser Stelle dafür. Er verlas im Anschluss daran die ihm übermittelte Antwort:

Eine behindertengerechte Schwimmhallennutzung ist möglich in den Schwimmhallen Saline und Halle-Neustadt. In beiden Hallen geben Sie bei Eintritt in das Bad einfach nur bekannt, wenn Sie eine Hebevorrichtung für den Einstieg in das Becken benötigen. Das Aufsichtspersonal bereitet dann alles vor. In beiden Hallen gibt es auch eine extra große Behindertenkleide, welche z. B. auch mit Rollstuhl befahrbar ist.

Dies sei die erste zufriedenstellende Antwort, die er erhalten habe. Er wolle sich deshalb bei Herrn Neumann, dem Beigeordneten für Wirtschaft und Arbeit bedanken.

Im Folgenden stellte er fest, dass die Baumaßnahmen an der Robert-Koch-Schwimmhalle bald fertiggestellt sind. In diesem Zusammenhang fragte er, ab wann die Benutzung durch die Bevölkerung wieder freigegeben ist und ab wann die Schwimmhalle in Halle-Neustadt geöffnet habe.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit antwortete ihm, dass ab dem 01.11.2011 die Schwimmhalle in Halle-Neustadt geöffnet sei.

Herr Manske sprach ein weiteres Problem an. Es betrifft den durch Baumwurzeln und zerfallenen Betonplatten zerstörten Fußweg in der Traberstraße. Dieser befände sich bei dem Kindergarten am Nebeneingang und ist für LKWs zugänglich. Vermutlich sei ein falsches Mischungsverhältnis zwischen Sand und Zement die Ursache.

Er fragte, ob da was zu machen sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fragte nach dem Namen des zweiten Fußweges.

Herr Manske antwortete, dass sich hinter der Traberstraße zwei geschlossene Schulgebäude befänden. Links daneben ist noch eine kleine Schule mit 1. bis 6. Klasse. Hier gehe eine Asphaltstraße lang. Hier sei ebenso durch Baumwurzeln die Asphaltfläche hochgehoben.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fragte Herrn Manske nach dem Straßennamen.

Herr Manske äußerte, dass er keinen Namen finden konnte.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sicherte eine Überprüfung zu.

Zu dem Beschluss Rauchverbot auf Spielplätzen hatte **Herr Manske** eine Nachfrage. Aus der Zeitung konnte er entnehmen, dass das irgendwann gemacht werden soll. Er fragte, ob dies bereits gültig sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass der Beschluss gefasst wurde und dieser nun umgesetzt werde.

Herr Manske führte an, dass hinten am Block 380, Fohlenweg, ein Spielplatz sei. Hier sitzen die jungen Mütter mit ihren Kindern. Diese rauchen wie verrückt und schmeißen ihre Kippen auf den Fußweg. Wenn sie die austreten schurren sie mit den Beinen und 5 Minuten später liegen sie im Sandkasten.

Er bat die Verwaltung hier zu kontrollieren.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass dies tatsächlich zu kontrollieren sei. Sie fügte hinzu, dass das Rauchverbot auf den Spielplätzen erst kürzlich beschlossen worden sei. Zunächst müsse man entsprechende Schilder und Aufkleber installieren, ehe diese Kontrollen und ordnungsrechtliche Maßnahmen durchgeführt werden können.

Es sei aber jeder Bürger gefragt, denn im Sinne von sozialer Kontrolle könne man selbst den jungen Müttern sagen, dass das für Ihre Kinder nicht gut sei und ob Sie nicht mal darüber nachdenken wollen.

Mutige Männer bräuchte man da, die da die jungen Mütter in angemessener Form ansprechen.

Herr Manske gab bekannt, dass er bereits seit vielen Jahren eben diese Mütter anspreche, es aber zwecklos sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados merkte an, dass es den Menschen wie den Leuten gehe. Sie bat Herrn Manske weiterhin die jungen Mütter diesbezüglich anzusprechen und auf das bestehende Rauchverbot hinzuweisen.

Herr Manske sprach ein weiteres Problem an, das ihn beschäftige. Im Rahmen des Neuen Theaters wurde vom Stadtrat beschlossen, dass die Einwohnerfragestunde auf TV Halle zu übertragen. Er frage sich nun, was daraus geworden sei. Lediglich eine Übertragung konnte er sehen und zwar die vom Neuen Theater und danach sei alles wieder eingeschlafen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte, dass ihr diesbezüglich nichts bekannt sei, ein Beschluss läge auch nicht vor.

Herr Manske beharrte darauf, dass es dazu einen Stadtratsbeschluss gäbe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte Herrn Manske mit, dass es einen Beschluss zur Übertragung der Stadtratssitzung gäbe. Dieser schließe die Einwohnerfragestunde nicht ein, denn es müsse dann jeder einzelne Bürger gefragt werden.

Herr Manske könne sich noch ganz genau an den Zettel der Einwohnerfragestunde erinnern. Es mussten unten zwei Kreuze gemacht werden, ob man mit der Übertragung einverstanden sei oder eben nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, beendete die Diskussion und teilte Herrn Manske mit, dass der Beschluss die Übertragung der Einwohnerfragestunde nicht beinhalte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen von Einwohnern. **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 25. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 45 Mitglieder des Stadtrates (78,95 %) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- TOP 5.1 Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben
Vorlage: V/2011/09731
im Hauptausschuss am 21.09.2011 zurückgestellt
- TOP 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)
Vorlage: V/2011/09818
im Hauptausschuss am 21.09.2011 zurückgestellt
- TOP 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)
Vorlage: V/2011/09819
zurückgezogen durch Antragsteller
- TOP 5.1.3 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorla-

gen-Nr.: V/2011/09731)
Vorlage: V/2011/09821
im Hauptausschuss am 21.09.2011 zurückgestellt

- TOP 5.1.4 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)
Vorlage: V/2011/09822
zurückgezogen durch Antragsteller
- TOP 5.1.5 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)
Vorlage: V/2011/09823
im Hauptausschuss am 21.09.2011 zurückgestellt
- TOP 5.1.6 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)
Vorlage: V/2011/09824
im Hauptausschuss am 21.09.2011 zurückgestellt
- TOP 5.1.7 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)
Vorlage: V/2011/09825
zurückgezogen durch Antragsteller
- TOP 5.1.8 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)
Vorlage: V/2011/09826
zurückgezogen durch Antragsteller
- TOP 5.1.9 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)
Vorlage: V/2011/09827
zurückgezogen durch Antragsteller
- TOP 5.1.10 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben (Vorlage: V/2011/09731)
Vorlage: V/2011/09924
im Hauptausschuss am 21.09.2011 zurückgestellt

Zudem liegt ein weiterer Änderungsantrag vor. Dieser wird ebenfalls abgesetzt.

Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben (Vorlage: V/2011/09731)

Vorlage: V/2011/10105

im Hauptausschuss am 21.09.2011 zurückgestellt

- TOP 5.2 Richtlinie zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten, die kein ausschließlich soziales bzw. kulturelles Anliegen verfolgen
Vorlage: V/2011/09756
im Hauptausschuss am 21.09.2011 zurückgestellt
- TOP 5.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten, die kein ausschließlich soziales bzw. kulturelles Anliegen verfolgen" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09756)
Vorlage: V/2011/09933
im Hauptausschuss am 21.09.2011 zurückgestellt
- TOP 5.2.2 Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Richtlinie zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten, die kein ausschließlich soziales bzw. kulturelles Anliegen verfolgen (V/2011/09756)
Vorlage: V/2011/09858
im Hauptausschuss am 21.09.2011 zurückgestellt
- TOP 5.2.3 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Richtlinie zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten, die kein ausschließlich soziales bzw. kulturelles Anliegen verfolgen (V/2011/09756)
Vorlage: V/2011/09928
im Hauptausschuss am 21.09.2011 zurückgestellt
-
- TOP 5.3 Richtlinie für die Förderung des Sportes in der Stadt Halle (Saale) - Sportförderrichtlinie-
Vorlage: V/2011/09768
im Hauptausschuss am 21.09.2011 zurückgestellt
- TOP 5.3.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie für die Förderung des Sportes in der Stadt Halle (Saale) - Sportförderrichtlinie" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09768)
Vorlage: V/2011/09878
zurückgezogen durch Antragsteller
- TOP 5.3.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie für die Förderung des Sportes in der Stadt Halle (Saale) - Sportförderrichtlinie" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09768)
Vorlage: V/2011/09880
zurückgezogen durch Antragsteller
- TOP 5.3.3 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie für die Förderung des Sportes in der Stadt Halle (Saale) - Sportförderrichtlinie" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09768)
Vorlage: V/2011/09881
zurückgezogen durch Antragsteller
-

-
- TOP 5.4 Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09746
im Hauptausschuss am 21.09.2011 zurückgestellt
- TOP 5.4.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit Halle (Saale) (V/2011/09746)
Vorlage: V/2011/09926
im Hauptausschuss am 21.09.2011 zurückgestellt
- TOP 5.4.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit in der Stadt Halle (Saale)" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09746)
Vorlage: V/2011/09841
zurückgezogen durch Antragsteller
- TOP 5.4.3 Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit in der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09746)
Vorlage: V/2011/09857
zurückgezogen durch Antragsteller
-

TOP 6.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Einstufung der Saale als Restwasserstraße
Vorlage: V/2011/09803
in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 20.09.2011 vertagt

TOP 6.4 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Berücksichtigung der Instandhaltung der Brückenbauwerke im städtischen Haushalt
Vorlage: V/2011/09910
in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 20.09.2011 vertagt

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, teilte mit, dass ein Dringlichkeitsantrag vorliegt:

Dringlichkeitsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zu den erheblichen Schäden auf vielen Grundstücken in Nietleben
Vorlage: V/2011/10128

Herr Kley, FDP-Fraktion, äußerte sich zur Dringlichkeit des Antrages.

Durch die Unwetter der letzten Zeit kam es zu wiederholten Vernässungen und erhöhtem Wassereintritt in die Keller.

Es müsse seitens der Stadtverwaltung eine kurzfristige Schadensaufnahme erfolgen und entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden, die ähnliche Schäden in der Zukunft ausschließen. Mit entsprechenden Planungen müsse begonnen werden, um den Bürgern weiteren Ungemach zu ersparen.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, forderte die Stadtverwaltung auf, sich in Bezug auf die Dringlichkeit dieses Antrages zu äußern.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass das Rechtsamt eine Prüfung vorgenommen habe und eine Dringlichkeit hier nicht erkennbar sei. Weiterhin müsse geprüft werden, ob der Antrag überhaupt zulässig sei.

Sie schlug vor, dies als Anregung zu werten und sicherte zu, dass sich zeitnah jemand darum kümmern werde.

Herr Kley kritisierte die fehlende Bereitschaft, sich mit dieser Problematik direkt auseinander zu setzen.

Er teilte mit, dass die FDP-Fraktion diesen Antrag kurzfristig im Ausschuss für Planungsangelegenheiten, unter Wahrung aller Fristen, stellen werde und fügte hinzu, dass er auf die Ergebnisse, die die Verwaltung dort vorlegen werde, gespannt sei.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, stellte fest, dass damit der Dringlichkeitsantrag zurückgenommen wurde und in die entsprechenden Ausschüsse eingebracht werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Dringlichkeitsantrag.

Weiterhin liegen folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

zu 5.6 Realisierung des Stadtbahnprogrammes Halle`25 Grundsatzbeschluss
Vorlage: V/2011/09954

Hierzu liegt eine geänderte Vorlage vor.

Zudem liegt nachfolgender Änderungsantrag vor:

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Realisierung des Stadtbahnprogrammes Halle `25 Grundsatzbeschluss" (Vorlage V/2011/09954)
Vorlage: V/2011/10106

zu 5.11 Konzeption für Werbung im öffentlichen Straßenraum der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09635

Hierzu wurde die Begründung nachgereicht.

zu 6.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion: Händelfestspiele wieder mit "Alternativ"-Festspielprogramm öffentlich machen!
Vorlage: V/2011/09802

Hierzu liegt nachfolgender Änderungsantrag vor:

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion: Händelfestspiele wieder mit "Alternativ"-Festspielprogramm öffentlich machen (Vorlage: V/2011/09802)
Vorlage: V/2011/10120

zu 7.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Fortschreibung der mittelfristigen Schul-
entwicklungsplanung für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10077

Hierzu wurden Änderungen durch den Antragsteller vorgenommen.

zu 8.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle zum Bürgerprogramm der
Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10065

Die Antwort der Verwaltung wurde nachgereicht.

Es liegt eine weitere schriftliche Mitteilung vor:

Projektbericht zur Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rech-
nungswesens in der Stadt Halle (Saale)

Herr Misch, CDU-Fraktion, merkte an, dass der TOP 7.2 ausschließlich den übertragenen
Wirkungskreis betreffe und der Stadtrat demzufolge nicht zuständig sei. Er äußerte hierzu
sein Unverständnis.

Solle es sich hierbei um einen Prüfauftrag handeln, so sei dies klarer zu formulieren.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf die bereits gemachten Erfahrungen
mit Anträgen, die im Vorfeld von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Er sei der Meinung, dass die FDP-Fraktion hierauf bestehen werde, gehe aber gleichzeitig
davon aus, dass der Antrag als Prüfauftrag in die zuständigen Ausschüsse verwiesen werde.
Jedoch sei die von Herrn Misch vorgeschlagene Abstimmung auf Absetzung für ihn denkbar.

Herr Kley, FDP-Fraktion, merkte an, dass dieser Antrag eine Fortführung eines bereits ge-
stellten Antrages sei. Er wies darauf hin, dass der Rat damals seine Zuständigkeit gesehen
habe, folglich wurde hierüber ein Beschluss gefasst.

Der Beschluss beinhaltet die Herrichtung des betreffenden Bereiches sowie Einrichtung ei-
nes Fußgängerüberweges.

Zudem sei in der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt nichts über die Unzustän-
digkeit des Stadtrates für solche Entscheidungen vermerkt. Weiterhin seien im Rat bereits
eine Reihe von Themen behandelt wurden, die durchaus auslegungsfähig sind.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Antrag von Herrn Misch.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages von Herrn
Misch auf Absetzung des TOP 7.2.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

19 Ja-Stimmen

23 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

Herr Kley, FDP-Fraktion, hatte eine Nachfrage zu einer Äußerung des Stadtratsvorsitzenden in der letzten Stadtratssitzung. Hiernach sollen die Protokolle des Stadtrates nur noch als Beschlussprotokolle erstellt werden und nicht wie bisher als Verlaufsprotokolle.

Diese Verfahrensweise verursacht Schwierigkeiten, die Diskussionen nachzuvollziehen als auch die Intention einzelner Abstimmungen zu erkennen. Werde diese Verfahrensweise beibehalten, so werde die FDP-Fraktion hilfsweise jeden TOP mit einem Wortprotokoll begleiten lassen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, forderte auf, zunächst die Tagesordnung abstimmen zu lassen, um dann das Thema der Niederschrift zu vertiefen.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 31.08.2011
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 31.08.2011 gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1 *Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben*
Vorlage: V/2011/09731 abgesetzt
 - 5.1.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)*
Vorlage: V/2011/09818 abgesetzt
 - 5.1.2 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)*
Vorlage: V/2011/09819 zurückgezogen
 - 5.1.3 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)*
Vorlage: V/2011/09821 abgesetzt

- 5.1.4 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)*
Vorlage: V/2011/09822 zurückgezogen
- 5.1.5 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)*
Vorlage: V/2011/09823 abgesetzt
- 5.1.6 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)*
Vorlage: V/2011/09824 abgesetzt
- 5.1.7 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)*
Vorlage: V/2011/09825 zurückgezogen
- 5.1.8 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)*
Vorlage: V/2011/09826 zurückgezogen
- 5.1.9 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09731)*
Vorlage: V/2011/09827 zurückgezogen
- 5.1.10 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben (Vorlage: V/2011/09731)*
Vorlage: V/2011/09924 abgesetzt
- 5.1.11 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben (Vorlage: V/2011/09731)*
Vorlage: V/2011/10105 abgesetzt
- 5.2 *Richtlinie zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten, die kein ausschließlich soziales bzw. kulturelles Anliegen verfolgen*
Vorlage: V/2011/09756 abgesetzt
- 5.2.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten, die kein ausschließlich soziales bzw. kulturelles Anliegen verfolgen" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09756)*
Vorlage: V/2011/09933 abgesetzt
- 5.2.2 *Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Richtlinie zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten, die kein ausschließlich soziales bzw. kulturelles Anliegen verfolgen (V/2011/09756)*
Vorlage: V/2011/09858 abgesetzt

- 5.2.3 *Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Richtlinie zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten, die kein ausschließlich soziales bzw. kulturelles Anliegen verfolgen (V/2011/09756)*
Vorlage: V/2011/09928 abgesetzt
- 5.3 *Richtlinie für die Förderung des Sportes in der Stadt Halle (Saale) -Sportförderrichtlinie-*
Vorlage: V/2011/09768 abgesetzt
- 5.3.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie für die Förderung des Sportes in der Stadt Halle (Saale) - Sportförderrichtlinie" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09768)*
Vorlage: V/2011/09878 zurückgezogen
- 5.3.2 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie für die Förderung des Sportes in der Stadt Halle (Saale) - Sportförderrichtlinie" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09768)*
Vorlage: V/2011/09880 zurückgezogen
- 5.3.3 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie für die Förderung des Sportes in der Stadt Halle (Saale) - Sportförderrichtlinie" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09768)*
Vorlage: V/2011/09881 zurückgezogen
- 5.4 *Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit in der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2011/09746 abgesetzt
- 5.4.1 *Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit Halle (Saale) (V/2011/09746)*
Vorlage: V/2011/09926 abgesetzt
- 5.4.2 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit in der Stadt Halle (Saale)" (Vorlagen-Nr.: V/2011/09746)*
Vorlage: V/2011/09841 zurückgezogen
- 5.4.3 *Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit in der Stadt Halle (Saale) (V/2011/09746)*
Vorlage: V/2011/09857 zurückgezogen
- 5.5 *Bestimmung des Verbandsrates der Stadt Halle (Saale) für den Planungsverband "Industriegebiet Halle - Saalkreis an der A14"*
Vorlage: V/2011/10027
- 5.6 *Realisierung des Stadtbahnprogrammes Halle`25 Grundsatzbeschluss*
Vorlage: V/2011/09954
- 5.6.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Realisierung des Stadtbahnprogrammes Halle `25 Grundsatzbeschluss" (Vorlage V/2011/09954)*
Vorlage: V/2011/10106
- 5.7 *Bebauungsplan Nr. 145 "Kaserne Lettin" - Änderung des Aufstellungsbeschlusses*
Vorlage: V/2011/09946

- 5.8 Bebauungsplan Nr. 145.1 "Kaserne Lettin" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: V/2011/09959
- 5.9 Abschnittsbildung für den grundhaften Ausbau der Delitzscher Straße im Sinne des § 4 Abs. 2 der Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10025
- 5.10 Ausbau der nördlichen Großen Ulrichstraße - Gestaltungsbeschluss
Vorlage: V/2011/09950
- 5.11 Konzeption für Werbung im öffentlichen Straßenraum der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09635
- 5.12 Namensgebung von Berufsbildenden Schulen
Vorlage: V/2011/09970
- 5.13 1. Änderung der Zweckvereinbarung zwischen dem Abwasserzweckverband Elster-Kabelsketal und der Stadt Halle (Saale) vom 10. November 2003
Vorlage: V/2011/10024
- 5.14 Wahl eines stimmberechtigten Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss der Stadt Halle (Saale)
(Ersatzperson für ausgeschiedenes Mitglied)
Vorlage: V/2011/10045
6. Wiedervorlage
- 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Durchsetzung der Barrierefreiheit
Vorlage: V/2010/09227
- 6.2 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Einstufung der Saale als Restwasserstraße*
Vorlage: V/2011/09803 *abgesetzt*
- 6.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion: Händelfestspiele wieder mit "Alternativ"-Festspielprogramm öffentlich machen!
Vorlage: V/2011/09802
- 6.3.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion: Händelfestspiele wieder mit "Alternativ"-Festspielprogramm öffentlich machen (Vorlage: V/2011/09802)
Vorlage: V/2011/10120
- 6.3.2 *Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion: Händelfestspiele wieder mit "Alternativ"-Festspielprogramm öffentlich machen! (Vorlagen-Nummer: V/2011/09802)*
Vorlage: V/2011/10133 *während der Sitzung gestellt*
- 6.4 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Berücksichtigung der Instandhaltung der Brückenbauwerke im städtischen Haushalt*
Vorlage: V/2011/09910 *abgesetzt*
- 6.5 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Gestaltungsbeirat der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09699

- 6.6 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM auf Abschaffung der Betriebsferien beim Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: V/2011/09885
- 6.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Finanzierungsmöglichkeit einer Streetworker-Stelle
Vorlage: V/2011/09905
- 6.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE. und der SPD-Stadtratsfraktion zur Ergänzung des Bildungs- und Teilhabepaketes des Bundes (Entlastung bedürftiger Familien von den Kosten gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten sowie Grund- und Förderschulen)
Vorlage: V/2011/09772
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE.im Stadtrat Halle (Saale) zur Erstellung eines Personalberichtes
Vorlage: V/2011/10064
- 7.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Einrichtung eines Fußgängerüberweges auf dem Joliot-Curie-Platz
Vorlage: V/2011/10076
- 7.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Fortschreibung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10077
- 7.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sportverwaltung in Halle
Vorlage: V/2011/10070
- 7.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Gutachtens zum aufgabenbezogenen Finanzbedarf der Kommunen in Sachsen-Anhalt
Vorlage: V/2011/10078
- 7.6 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Verbesserung der touristischen Vermarktungsmöglichkeiten der Hausmannstürme und des Roten Turms
Vorlage: V/2011/10085
- 7.7 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Berichterstattung Umsetzung Inklusion in Schulen und Horteinrichtungen in der Stadt Halle
Vorlage: V/2011/10084
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 8.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Einsatzkoordinierung der Leitstelle
Vorlage: V/2011/10058
- 8.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Arbeit des Ordnungsamtes
Vorlage: V/2011/10059
- 8.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Entwicklung der Peißnitzinsel
Vorlage: V/2011/10060

- 8.4 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Werbung im öffentlichen Straßenraum
Vorlage: V/2011/10061
- 8.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle zum Bürgerprogramm der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10065
- 8.6 Anfrage der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE.) zur Kindergesundheit
Vorlage: V/2011/09989
- 8.7 Anfrage der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE.) zur gesundheitlichen Für- und
Vorsorge von älteren Menschen in Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09998
- 8.8 Anfrage des Stadtrates Swen Knöchel (Fraktion DIE LINKE.) zum Programm STARK III
Vorlage: V/2011/10066
- 8.9 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber (Fraktion DIE LINKE.) zum Ratsinformationssystem
Vorlage: V/2011/10000
- 8.10 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Umsetzung der UN-Dekade "Bildung für nachhaltige
Entwicklung" (BNE)
Vorlage: V/2011/10056
- 8.11 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zum Gebietsänderungsvertrag zwischen Landsberg
und der Stadt Halle (Saale) [V/2010/09127]
Vorlage: V/2011/10074
- 8.12 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zur Nutzung des Marktplatzes am 10. September 2011
durch das BBZ Lebensart e.V.
Vorlage: V/2011/10075
- 8.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu geplanten Straßenbauvorhaben in
Halle
Vorlage: V/2011/10016
- 8.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Orientierungssystemen für Blinde
und Sehbehinderte
Vorlage: V/2011/10010
- 8.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu leer stehenden Schulgebäuden
Vorlage: V/2011/09899
- 8.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum kommunalen Flächenmanagement
Vorlage: V/2011/10071
- 8.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Zwischenstand der Umsetzung
des E-Government-Masterplans 2008-2012
Vorlage: V/2011/10072
- 8.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Investitionen aus dem Krippenausbau-
bauprogramm
Vorlage: V/2011/10073

- 8.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausnahmegenehmigungen bei der Umweltzone
Vorlage: V/2011/10079
- 8.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Bebauungsplänen 32.3 und 32.4 Heide-Süd
Vorlage: V/2011/10080
- 8.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Einnahmen der Stadt nach der Straßenausbaubeitragssatzung
Vorlage: V/2011/10081
- 8.22 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Fortschreibung des Nahverkehrsplanes und des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages
Vorlage: V/2011/10082
- 8.23 Anfrage des Stadtrates Oliver Paulsen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Auslastung städtischer Kindertageseinrichtungen
Vorlage: V/2011/10083
- 8.24 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Stadtbad und der Robert-Koch-Schwimmhalle
Vorlage: V/2011/10086
- 9. Mitteilungen
- 9.1 Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II
- 9.2 Projektbericht zur Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens in der Stadt Halle (Saale)
- 10. mündliche Anfragen von Stadträten
- 11. Anregungen
- 11.1. Anregung der SPD-Stadtratsfraktion zur Ampelregelung an der Kreuzung Burgstraße / Seebener Straße /Kröllwitzer Straße
Vorlage: V/2011/10057
- 12. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 31.08.2011

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates merkte an, dass die Verfahrensweise bereits in der letzten Stadtratssitzung angesprochen wurde. Widersprüche gab es hierzu nicht.

Jede öffentliche Sitzung werde durch den Fernsehsender TV Halle aufgezeichnet, somit lägen auch Wortprotokolle vor. Diese können jederzeit in der Geschäftsstelle Stadtrat eingesehen werden.

Die Niederschrift zeige zudem die Beteiligten der Diskussion sowie abschnittsweise den Verlauf der Sitzung, so dass man nicht von einem generellen Beschlussprotokoll sprechen könne.

Frau Dr. Wünscher, CDU Fraktion merkte an, dass die Fernsehaufzeichnungen nur vom öffentlichen Teil der Sitzung gemacht werden. Der nicht öffentliche Teil werde hiervon ausgenommen, so dass man hier nachdenken müsse.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., regte bereits im Hauptausschuss an, dass man sich an dem Verlaufsprotokoll des Finanzausschusses orientieren könne.

Er sagte weiterhin, dass dies durch die Frau Oberbürgermeisterin Szabados zugesichert wurde und es fortan ähnlich wie in den anderen Ausschüssen gehandhabt werde. Die Diskussionen werden inhaltlich wiedergegeben und die Beteiligten zumindest mit Namen benannt. Diese Form stelle damit die Sachdiskussion zum vorliegenden Beschluss dar.

Herr Dr. Wend, SPD Fraktion, fragte nach, ob die Verwaltung sich von den Aufzeichnungen von TV Halle eine Kopie erstellt und diese archiviert.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass tatsächlich hiervon Kopien erstellt werden. Diese werden archiviert und können auch eingesehen werden.

Weiterhin gab sie die Aussagen aus dem Hauptausschuss wieder, wonach in dem Protokoll der Verlauf wiedergegeben werde. Es werden diejenigen erscheinen, die sich an der Diskussion beteiligt haben und der Verlauf der Sitzung werde dargestellt.

Bisher sei kein großer Unterschied zwischen Wortprotokoll und Verlaufsprotokoll erkennbar gewesen. Sie sei jedoch zuversichtlich, dass es der Protokollantin möglich ist, den Verlauf der Sitzung wiederzugeben ohne jede Wortmeldung darzustellen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados schlug vor, die nächsten Sitzungen mit einem Verlaufsprotokoll wiederzugeben. Zudem könne man die Protokolle nachbessern, wenn nicht gleich ein Einvernehmen zu Stande kommt.

Die Verfahrensweise zum nicht öffentlichen Teil ist analog der im öffentlichen Teil. Auch soll nur der Verlauf der Diskussion aufgezeigt werden.

Herr Kley, FDP Fraktion teilte sein Einvernehmen zu dieser Verfahrensweise mit. Er äußerte sein Unverständnis darüber, die Aufzeichnungen eines privaten Fernsehsenders als offizielles Protokoll zu akzeptieren.

Herr Schachtschneider, CDU Fraktion äußerte, dass wenn man die Aufzählung der Redner, aber nicht die gemachten Äußerungen nachvollziehen könne, die Arbeit eines ehrenamtlichen Stadtrates sehr mühevoll sei.

Weiterhin regte er an, die Vorgehensweise in Bezug auf die Protokolle in den Fachausschüssen zu vereinheitlichen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass unterschieden werden müsse zwischen den Protokollen der Fachausschüsse und dem Protokoll des Stadtrates.

Die Protokolle der Fachausschüsse müssen detaillierter sein, um auch als Außenstehender zu erkennen, wie man bspw. zu bestimmten Empfehlungen gekommen sei.

Sie bestätigte die Aussagen von Herrn Schachtschneider, dass das letzte Protokoll kein Verlaufsprotokoll und etwas kurz geraten sei. Und sicherte eine Verbesserung und Orientierung an dem Protokoll des Finanzausschusses zu

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Niederschrift der 24. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.06.2011.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 31.08.2011 gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.5 Bestimmung des Verbandsrates der Stadt Halle (Saale) für den Planungsverband "Industriegebiet Halle - Saalkreis an der A14"
Vorlage: V/2011/10027**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Die Stadt Halle (Saale) entsendet den Beigeordneten Herrn Uwe Stäglich als Verbandsrat in den Planungsverband „Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A 14“.
2. Die Stadtratssitzung unter Punkt 2 und 3 der Vorlagen Nr. IV/2008/07670 vom 28.01.2009 haben weiter konkludent Bestand.

**zu 5.6 Realisierung des Stadtbahnprogrammes Halle`25 Grundsatzbeschluss
Vorlage: V/2011/09954**

**zu 5.6.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Realisierung des Stadtbahnprogrammes Halle `25 Grundsatzbeschluss" (Vorlage V/2011/09954)
Vorlage: V/2011/10106**

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN informierte, dass die Grüne Fraktion das Stadtbahnprogramm unterstütze, da es sich hier um eine Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs handele.

Weiterhin teilte er mit, dass der Punkt 3 des Änderungsantrages von der Verwaltung übernommen wurde, so dass nur noch die Punkte 1 und 4 im Raum stünden.

Bedingung für die Umsetzung des Stadtbahnprogramms sei eine hohe Förderung. Es werden 90 % der Kosten an Fördergeldern gebraucht, damit es umsetzbar ist und sich nicht negativ auf andere Investitionen der Stadt auswirkt, die in Zukunft geplant sind.

Aus diesem Grund sei es für den Rat wichtig, dass im Punkt 1 auch dieses Ziel genau formuliert werde, um später nicht ins Schleudern zu geraten, wenn es nur 85% an Fördermitteln werden.

Des Weiteren soll sichergestellt werden, dass die Stadtwerke nicht über Gebühren mit zusätzlichen Kosten belastet werden. Diese Teilfinanzierung durch die Stadtwerke ist ein Teil der Gesamtbetrachtung, den der Stadtrat nicht außer Acht lassen solle. Dies soll Berücksichtigung bei der Beschlussfassung finden.

Da die Stadtwerke einen relevanten Teil der Gelder dazugeben, sollen die Kalkulationen und Wirtschaftspläne den Stadträten zur Kenntnis gegeben werden, bei Beschlüssen, die auch die Stadtwerke betreffen.

In Bezug auf die Anfrage unter TOP 8.13 wo hinterfragt wurde, welche Auswirkungen die Baumaßnahme auf andere Investitionsbereich in Halle habe, wurde von der Verwaltung mitgeteilt, dass diese in die Investitionsprioritätenliste aufgenommen werde. Gleichzeitig sehe sich die Verwaltung noch nicht in der Lage diese Liste vorzulegen.

Der Sinn der Investitionsprioritätenliste sei es, dass der Stadtrat politisch entscheiden kann, welche Investitionen vorrangig behandelt werden sollen. Dies könne nur getan werden, wenn die Liste vorläge.

Herr Kley, FDP-Fraktion, äußerte im Namen der Fraktion Bedenken gegenüber dem Grundsatzbeschluss, da er in seiner Wirkung die Investitionen der Stadt für die nächsten 15 Jahre binde.

Die 90 %-Förderung werde auf 60% zusammenschmelzen, da nur die förderfähigen Bereiche mit bis zu 90% gefördert werden.

Es werde eine Reihe von Lasten auf die Stadtwerke zukommen, die in irgendeiner Art und Weise auch der Bürger zu tragen habe.

Spätere Beschlüsse werden mit Bezug auf den Grundsatzbeschluss gefasst und der Stadtrat könne letztendlich nur noch zuschauen, wie das wenige zur Verfügung stehende Geld verplant werde.

Es seien nach Ansicht der FDP Fraktion andere Prioritäten zu setzen. Aus diesem Grund wurde die Erstellung der Investitionsprioritätenliste unterstützt, die offensichtlich mit Bedacht dem Rat nicht zugeteilt werde.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE., teilte mit, dass das Stadtbahnprogramm eine sinnvolle Sache sei.

Er informierte, dass im vergangenen Jahr beschlossen wurde, das Verkehrskonzept von

1998 fortzuschreiben. Hierzu finden verschiedenste Beratungen statt. Vor Beschlussfassung zum Grundsatzbeschluss des Stadtbahnprogrammes wolle er von der Verwaltung wissen, inwiefern die weitere Planung im Einklang mit dem Verkehrskonzept gebracht werden könne.

Sollte kein Einklang möglich sein, befürchte er, dass zum Einem der Stadtrat die Verkehrsentwicklungspläne und zum Anderem die Stadtwerke eigene Pläne entwickeln, die miteinander nicht übereinkommen.

Herr Krause, SPD Fraktion, begrüße das Stadtbahnprogramm. Weiterhin könne er die Argumente von Herrn Kley nicht nachvollziehen.

Das Stadtbahnprogramm wurde in den Fraktionen zunächst vorgestellt und es wurde verabredet, es in den Ausschüssen zu behandeln, zuletzt im Hauptausschuss. Das Prozedere zur Umsetzung des Programmes werde im Anschluss vorgelegt.

Im weiteren Verlauf bezog er sich auf den Beschlusspunkt 1, wonach die Voraussetzung eine gesicherte Finanzierung sei. Liege diese nicht vor, könne die Baumaßnahme nicht durchgeführt werden.

Um Planungen zu erstellen, Gelder zu besorgen, Fördermöglichkeiten zu prüfen, müsse ein grundsätzlicher Beschluss vorliegen, der aussagt, dass dieses Programm mit einer Bindung von 15 Jahren gewollt sei.

Der Beschlusspunkt 4 der Fraktion BÜNDNIS 90/ DE GRÜNEN werde durch die SPD-Fraktion abgelehnt. Das ein Stadtrat die Aufgabe des Aufsichtsrates übernehme, sei nicht machbar. Zudem gehe das Verlangen, Einzelmaßnahmen jeweils nach Wirtschaftlichkeitsberechnung und aus betriebswirtschaftlicher Perspektive der Stadtwerke vorzulegen, zu weit.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, äußerte, dass es zunächst wichtig sei, die Legitimation zu bekommen, um weitere Gespräche mit den Fördermittelgebern zu führen und um prinzipiell die Linie zu bestätigen, sich um ein solches Programm zu kümmern.

Es bestünde die Möglichkeit, auf entsprechende Fördermittelgeber zuzugehen. Doch hierzu müsse zügig reagiert werden und die entsprechenden Anträge auf Basis des Grundsatzbeschlusses gestellt werden.

Das Ziel sei die hohe Förderung. Diese müsse nicht, wie von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gefordert, im Grundsatzbeschluss enthalten sein, denn textlich sei sie bereits verankert.

Seiner Ansicht nach reiche es aus, wenn im Vorlagenwesen die Information transportiert werde. Es werde damit sichergestellt, dass die Gremien sich mit der Thematik gewissenhaft beschäftigt haben und man es auch wirtschaftlich begründen könne.

Er bezog sich im weiteren Verlauf auf die Äußerungen von Herrn Kley und verwies auf die gestrige Veranstaltung. Hier wurden neben Baumaßnahmen an Straßenbahngleiskörpern auch andere Tiefbaumaßnahmen erörtert, die die Stadt durchführe.

Zur Finanzierung teilte er mit, dass ein intensiver Diskussionsprozess innerhalb der Verwaltung geführt wurde und man von durchschnittlich 1 Millionen Euro pro Programmjahr für den originären städtischen Haushalt ausgehe.

Es liege zwar bislang keine Prioritätenliste vor, dennoch erfolgte seitens der Kämmerei eine Prüfung, inwieweit die städtische Cofinanzierung inhaltlich mit den Strängen des Stadtbahnprogramms verknüpfte Einzelmaßnahmen in der Addition, die mögliche Finanzierung für das

Stadtbahnprogramm ergeben. Hier habe man auf Tiefbaumaßnahmen zurückgegriffen, die notwendig und geplant waren unter dem Gesichtspunkt, dass die hohe Prozentquote greife. Sollte sie nicht greifen, dann müsse innerhalb der Verwaltung geprüft werden, ob der Betrag dann noch zu stemmen sei.

Eine Rückkopplung zur Finanzierung werde gegeben, so dass er die Sorge nicht teilen könne.

Herr Stäglin bat um Zustimmung der Beschlussvorlage.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., knüpfte an die Worte von Herrn Stäglin an und befand die finanzielle Beteiligung der Stadt Halle an dem Stadtbahnprogramm im Verhältnis minimal.

Es werde für die Dauer von 15 Jahren im Vermögenshaushalt Jahr für Jahr etwa 1 Millionen Euro gebunden. Dies seien 10% der Gesamtsumme, die man im Vermögenshaushalt für Investitionen als Eigenmittel anderer Maßnahmen zur Verfügung stelle.

Aus diesem Grund sei es für ihn nicht nachvollziehbar, weshalb die Verwaltung die 90% aus dem Änderungsantrag nicht festschreiben wolle. Nicht nur im Text sei dies hinterlegt, sondern auch in der Finanzplanung aufgezeigt. Die Zielmarke könne somit aufgenommen werden.

Sollten sich Größenordnungen verschieben, sei es wichtig, dass sich der Rat damit beschäftige. Der dritte Punkt zwingt somit die Verwaltung dazu eine Vorlage über das Beschluss- und Vorlagenwesen vorzulegen, wie der Stadtrat mit einbezogen werden könne.

Herr Dr. Meerheim teilte weiterhin mit, dass es für die Fraktion DIE LINKE. sehr wichtig sei, dass die Steuerung des Gesamtprojektes beim Rat bleibe. Die gewünschte Dokumentation zur Betriebswirtschaftlichkeit sei jedoch unglücklich formuliert.

In diesem Zusammenhang schlägt er vor, statt der „Betriebswirtschaftlichkeitsberechnung“ eine „Betrachtung“ einzufordern. Hier würde eine Aussage der Beteiligten der jeweiligen Maßnahme zur Wirtschaftlichkeit getroffen werden.

Grundsätzlich stimme die Fraktion DIE LINKE. dem Punkt 4 zu, da der Stadtrat wissen sollte, ob die Einzelmaßnahmen auch wirtschaftlich begründet seien.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, interessiere an dieser Stelle, welche Maßnahmen auf der Prioritätenliste hinter dem Stadtbahnprogramm stehen.

Ergänzend zum Punkt 4 des Änderungsantrages teilte er mit, dass eine Information gefordert sei, wie die Einschätzung der Stadtwerke ist. Dem Vorschlag von Herrn Dr. Meerheim dies als wirtschaftliche Betrachtung umzuformulieren, könne man folgen und werde entsprechend geändert. Als positives Beispiel fügte er hinzu, dass die Informationen der EVH bei der Entscheidungsfindung zu dem Antrag zum Wildwasserpark sehr hilfreich waren.

Hinsichtlich der Zielmarke der 90 %-Förderung merkte er an, dass er davon ausgehe, dass die Verwaltung das selbstgesteckte und formulierte Ziel nicht im Grundsatz festschreiben wolle um sich damit Spielräume offen zu halten, die zur Zeit nicht überblickt werden können.

Herr Bönisch CDU-Fraktion, teilte mit, dass die CDU-Fraktion der Vorlage der Verwaltung zustimmen werde.

Der Initiative der Stadtwerke stehe er positiv gegenüber. Zumal das bestehende Verkehrskonzept, wie bereits Herr Knöchel angemerkt habe, weiter entwickelt werden müsse.

Es handele sich hierbei um einen Grundsatzbeschluss. Zu einem späteren Zeitpunkt müssen entsprechend dem Beschlusspunkt 3 der geänderten Vorlage, komplexere Beratungen folgen, so dass der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN aus seiner Sicht nicht nachvollziehbar ist.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, bat darum, die beiden noch offenen Punkte des Änderungsantrages separat abstimmen zu lassen.

Das Programm wurde in der Fraktion ausführlich vorgestellt und die Fraktion befürworte, dass das Straßenbahnnetz in Halle mit Bundes- und Landesmitteln attraktiv gemacht werde.

Die Intention des Änderungsantrages sei, dass es nicht zu einem unaufhaltsamen Programm werde. Es sei der politische Auftrag, eine Sicherheit einzubeziehen, so dass man von dem Änderungsantrag nicht absehen werde.

Frau Dr. Brock räumte ein, dass tatsächlich eine komplizierte Formulierung bezüglich der Stadtwerke gewählt wurde. Man wolle damit nicht nur eine Informationen bezwecken, sondern auch Beratung bei den Einzelmaßnahmen erhalten.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, äußerte, dass der Punkt 3 der geänderten Vorlage die zeitliche Beschlussfassung der jeweiligen Maßnahme beinhalte.

In der Diskussion wurde bereits deutlich gemacht, aus welchen Gründen die Prozentquote und die Wirtschaftlichkeitsberechnung der Stadtwerke separat genannt werden.

Zunächst müsse die Hürde der volkswirtschaftlichen Betrachtung und der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung genommen werden. Hier müsse man über 1,0 liegen, um aus volkswirtschaftlicher Sicht einen Ertrag zu erzielen. Er fügte hinzu, dass derzeit auch die HAVAG entsprechende Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen für die Einzelmaßnahmen erstelle.

Es sei zudem strategisch nicht sinnvoll, im ersten Absatz des Beschluss dem Fördermittelgeber die 90% Bedingung mitzuteilen. **Herr Stäglin** merkte weiterhin an, dass die Formulierung „unter der Voraussetzung einer gesicherten Finanzierung“ aus seiner Sicht kein Freifahrtsschein ist.

Aus diesem Grund bitte er darum, die von der Verwaltung geänderte Vorlage mit der entsprechenden Formulierung in der Form zu belassen. Weiterhin gibt er zu bedenken, welche Wirkung die 90% Bedingung auf den Fördermittelgeber haben könne.

Herr Misch, CDU-Fraktion, merkte an, dass die Vorlage Zielsetzung des Stadtwerkekonzerns sei und nicht wie dargestellt die der Verwaltung.

Im Gegensatz zur Stadtverwaltung seien die Stadtwerke ein wirtschaftlich agierendes Unternehmen, das im Gegensatz zur Verwaltung, wenn Fehler gemacht werden, morgen nicht mehr da ist.

Er warb dafür, der Vorlage zuzustimmen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Änderungsantrages und

der Vorlage.

**zu 5.6.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Realisierung des Stadtbahnprogrammes Halle `25 Grundsatzbeschluss" (Vorlage V/2011/09954)
Vorlage: V/2011/10106**

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Beschlussvorlage wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. *Der Stadtrat bestätigt das Stadtbahnprogramm Halle `25 unter der Voraussetzung einer gesicherten Finanzierung einer Förderung durch den Bund und das Land von insgesamt 90% und nach Maßgabe der möglichen Bereitstellung der Eigenmittel im Grundsatz. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die jeweiligen Eigenmittel in den Haushalt einzuplanen. **Ziel ist eine Förderung durch den Bund und das Land von insgesamt 90%.***
2. *Der Stadtrat beschließt, dass die Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG) Maßnahmeträger des Stadtbahnprogramms Halle `25 wird. Für Einzelvorhaben ist die HAVAG projektverantwortlicher Vorhabenträger und die Stadt überträgt ihr bei Bedarf jeweils die Bauherrenfunktion. Zur Koordinierung des Stadtbahnprogrammes wird ein Steuerkreis gebildet. Der Steuerkreis informiert den Stadtrat quartalsweise über den Programmfortgang.*
3. ~~*Über die Umsetzung jeder Einzelmaßnahme entscheidet der Stadtrat in einem eigenen Grundsatzbeschluss und darauffolgend über die Details der Umsetzung in einem eigenen Gestaltungsbeschluss.*~~

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, bis zur nächsten Stadtrats-sitzung einen Beschlussvorschlag über ein Vorlagen- und Beschlusswesen bei Einsetzung eines Steuerkreises vorzulegen.

4. *Die Oberbürgermeisterin wird als Gesellschaftervertreterin beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass der Stadtwerke-Konzern durch außerplanmäßige Investitionen im Rahmen des Stadtbahnprogramms im Hinblick auf die Eigenkapitalquote des Unternehmens nicht wesentlich negativ belastet wird. Daher wird die Stadtverwaltung beauftragt, dem Stadtrat zur Beschlussfassung relevanter Einzelmaßnahmen jeweils auch eine **Wirtschaftlichkeitsberechnung wirtschaftliche Betrachtung** aus betriebswirtschaftlicher Perspektive der Stadtwerke vorzulegen.*

Abstimmungsergebnis:

Einzelabstimmung der Beschlusspunkte

Beschlusspunkt 1: mehrheitlich abgelehnt

**Beschlusspunkt 2: erledigt
von Verwaltung übernommen**

**Beschlusspunkt 3: erledigt
von Verwaltung übernommen**

Beschlusspunkt 4: mehrheitlich abgelehnt

zu 5.6 Realisierung des Stadtbahnprogrammes Halle`25 Grundsatzbeschluss
Vorlage: V/2011/09954

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss (in geänderter Form):

1. Der Stadtrat bestätigt das Stadtbahnprogramm Halle`25 unter der Voraussetzung einer Förderung durch den Bund und das Land und nach Maßgabe der möglichen Bereitstellung der Eigenmittel gesicherten Finanzierung. ~~Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die jeweiligen Eigenmittel in den Haushalt einzuplanen.~~
2. Der Stadtrat beschließt, dass die Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG) Maßnahmeträger des Stadtbahnprogramms Halle`25 wird. Für Einzelvorhaben ist die HAVAG projektverantwortlicher Vorhabenträger und die Stadt überträgt ihr bei Bedarf jeweils die Bauherrenfunktion. Zur Koordinierung des Stadtbahnprogrammes wird ein Steuerkreis gebildet. Der Steuerkreis informiert den Stadtrat quartalsweise über den Programmfortgang.
3. *Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, bis zur nächsten Stadtratssitzung einen Beschlussvorschlag über ein Vorlagen- und Beschlusswesen bei Einsetzen eines Steuerkreises vorzulegen.*

zu 5.7 Bebauungsplan Nr. 145 "Kaserne Lettin" - Änderung des Aufstellungsbeschlusses
Vorlage: V/2011/09946

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Geltungsbereiches des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 145 "Kaserne Lettin" (Aufstellungsbeschluss vom 27.05.2009, Beschluss-Nr. IV/2009/07887).
2. Der Bebauungsplan Nr. 145 wird in den Bebauungsplan Nr. 145.1 „Kaserne Lettin“ und in den Bebauungsplan Nr. 145.2 „Wohnbebauung Weißbuchenweg“ geteilt.
3. Die geänderten Geltungsbereiche umfassen die in der Anlage 1, 2 und 3 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 145.1 wird verändert und umfasst künftig eine Fläche von ca. 16,77 ha. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 145.2 umfasst künftig eine Fläche von ca. 2,45 ha.

4. Die Planungsziele gemäß dem Aufstellungsbeschluss vom 27.05.2009, Beschluss-Nr. IV/2009/07887 bleiben unverändert bestehen.

**zu 5.8 Bebauungsplan Nr. 145.1 "Kaserne Lettin" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: V/2011/09959**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 145.1 „Kaserne Lettin“ in der Fassung vom 07.07.2011 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 145.1 „Kaserne Lettin“ in der Fassung vom 07.07.2011 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

**zu 5.9 Abschnittsbildung für den grundhaften Ausbau der Delitzscher Straße im Sinne des § 4 Abs. 2 der Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10025**

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte nach ob es tatsächlich rechtlich in Ordnung sei, einen Teilungsbeschluss vorzunehmen, denn es lege eine komplexe Materie vor.

Er sehe die Abschnittsbildung als Mittel für die Verwaltung schneller an Geld zu kommen, da sie die Beitragspflichtigen so diese Abschnittsbildung in Rechnung stellen kann.

Weiterhin fragte er, ob die Möglichkeit bestünde, dass durch unterschiedliche Grund- und Bodenbedingungen es zu unterschiedlichen Preisen pro laufenden Meter kommen könnte. So dass bei dem einem Abschnitt bspw. 5 Euro zu zahlen wären und bei dem nächsten Abschnitt 6 Euro.

Seiner Meinung nach können solche Effekte auftreten und dies sei unzulässig, da die Beitragspflichtigen gleiche Vorteile aus dem Straßenausbau insgesamt haben.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, führte den § 6 Absatz 4 Kommunalabgabengesetz an. Hier heißt es „Der Aufwand kann auch für Abschnitte einer Einrichtung, wenn diese selbständig in Anspruch genommen werden können, ermittelt werden.“

Der Landesgesetzgeber habe hier die Möglichkeit geschaffen, gerade in längeren Straßenverläufen, Abschnitte zu bilden, da sie als eine eigene Funktionseinheit verkehrlich selbst funktionieren.

Im nächsten Abschnitt könne es eine Rechnung für eine Leistung geben, die nur auf diesen Abschnitt bezogen sei. Sie sei dann aber auch in der Funktionsfähigkeit des Abschnittes begründet. Es sei demnach auch rechtlich zulässig, diesen Abschnitt zu bilden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt für die Delitzscher Straße die Abschnittsbildung im Sinne des § 4 Abs. 2 der Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 21. Juli 2010 vom Riebeckplatz bis zur Einmündung (= Fahrbahnmitte) des Kanenaer Wegs.

**zu 5.10 Ausbau der nördlichen Großen Ulrichstraße - Gestaltungsbeschluss
Vorlage: V/2011/09950**

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte nach der Bindung des beiliegenden Verkehrskonzeptes. Es ergeben sich hieraus seiner Meinung nach Probleme.

Beispielsweise werde die Erreichbarkeit des Händelparkhauses erschwert, da aus nördlicher Richtung keine Zufahrt mehr möglich sei. Weiterhin werde durch die Abhängung der Spiegelstraße der gesamte Verkehr, der in die Schulstraße möchte, durch die Große Ulrichstraße geleitet.

Diese Verkehrsbeziehungen schaffen aus Sicht der FDP-Fraktion keine Entlastung, sondern eine Belastung. Außerdem führe die schlechte Erreichbarkeit der Tiefgarage nicht zur beabsichtigten Belebung der Ulrichstraße durch Geschäfte und Ähnliches.

Er äußerte sein Unverständnis in Bezug auf die einjährige Sperrung der Großen Ulrichstraße zur Auffrischung der Bürgersteige. Dies müsse mit den Händlern noch einmal besprochen werden.

Weiterhin brachte er zum Ausdruck, dass nicht nur der nördliche Teil der Großen Ulrichstraße ausgebaut werden müsse, sondern die Probleme an allen Stellen der Straße zu finden seien. Man müsse an dieser Stelle die Ziele genauer definieren und prüfen, ob das Geld an anderer Stelle sinnvoller angewandt wäre.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, teilte mit, dass bereits vor Beginn der Vorplanung eine erste Befragung der Geschäftsleute und Gewerbetreibenden stattgefunden habe.

Darüber hinaus fand vor vier Wochen eine öffentliche Veranstaltung mit den Gewerbetreibenden statt. Hier wurde sich darüber verständigt, dass ein Verteiler aufgebaut werde, um wesentliche Informationen schnellstmöglich an die betroffenen Gewerbetreibenden zu schicken.

Dies sei aus Sicht von Herrn Stäglin eine sehr konstruktive Veranstaltung gewesen, zu einem sehr frühen Zeitpunkt der Planung. Es wurde zudem zugesagt, eine zweite Veranstaltung durchzuführen, wenn die Planungen weiter vorangeschritten seien.

Es werde ein durchgehender Gehwegbereich erzielt, der gerade in Bezug auf die Barrierefreiheit erforderlich sei. Für die Fußgänger und auch Mobilitätsbehinderten sei es dann nicht mehr erforderlich, die Einmündungen jeder kleinen Seitenstraße zu überwinden.

Herr Stäglin merke an, dass das Problem des Fahrradverkehrs im nördlichen Bereich schwieriger als im südlichen Bereich sei. Zwischen der Gleisanlage und den dort verlegten Betonplatten sei immer ein Spalt.

Unbestritten sei, dass auch im südlichen Teil Ausbesserungen erfolgen müssen. Er machte darauf aufmerksam, dass die HAVAG bereits vor einigen Wochen damit begonnen habe.

Er fügte seinen Äußerungen hinzu, dass das Verkehrskonzept noch nicht verbindlich sei. Es sei aber beabsichtigt, eine Vorlage zum Innenstadtkonzept in den nächsten Wochen in den Rat einzubringen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, bezog sich auf die Aussagen von Herrn Kley und teilte mit, dass die Möglichkeiten der Befahrbarkeiten bisher nicht geändert wurden.

Er begrüße ausdrücklich, dass die Erschwernisse für den Individualverkehr vorhanden seien. Außerdem müsse geschaut werden, dass an bestimmten Stellen diese noch ausgeweitet werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat bestätigt die Vorzugsvariante (Variante 2) der Vorplanung zum Ausbau der nördlichen Großen Ulrichstraße als Grundlage für die weitere Planung.

**zu 5.11 Konzeption für Werbung im öffentlichen Straßenraum der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09635**

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, merkte an, dass in den übergreifenden Passagen keine Aussagen über die finanziellen Auswirkungen getroffen wurden.

Bei der Diskussion eines solchen Konzeptes müsse man auch die finanziellen Auswirkungen im Blick haben und fragte die Verwaltung ob es keine gäbe oder es geplant sei, diese zu einem anderem Zeitpunkt zu erörtern.

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte nach den Plakatrahmen, die bisher vertraglich auf wenige Hauptstraßen begrenzt waren.

Es sei nun die Rede von sehr vielen Straßen in der Stadt und er frage nach, ob sich diese in alleiniger Hoheit von Ströer DSM befänden.

Mittlerweile hänge an jedem Mast ein Rahmen und es sei fraglich, ob es das sei, was der Stadtrat gewollt habe. Das Erscheinungsbild der Straßen sei damit in eine permanente Werbeoptik verwandelt.

Die Wechselwirkung zur Werbung im Privaten Raum sehe er hier vernachlässigt. Diese Thematik hätte seiner Meinung nach zumindest am Rande der Konzeption behandelt werden müssen.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE., teilte mit, dass man sich in dem Vertrag mit der Firma Ströer DSM auf die Rahmen verständigt habe. Vor dem Rathaus habe die Firma solche Rahmen angebracht und nachgefragt, ob dieses Rahmensystem den Vorstellungen entspreche.

Letztlich wurde im Rat dazu ein Beschluss gefasst und die Firma habe im Vertrauen auf diesen Beschluss Investitionen getätigt, so dass die Frage von Herrn Kley für ihn nicht nachvollziehbar sei.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sagte, dass er die Diskussion nicht nachvollziehen könne.

Es sei in der Konzeption bspw. klar geregelt, dass an bestimmten Straßenzügen diese Rahmen nicht angebracht werden dürfen. Dies sei der Fall, wenn z.B. bauliche Substanz dadurch zerstört werden würde.

Im Übrigen begrüße er es, dass ungenutzte Flächen für Werbezwecke der Stadt Halle genutzt werden können. Außerdem sei eine spürbare Verbesserung sichtbar, denn die Pappplakate fielen irgendwann hinunter und verunstalteten das Straßenbild.

Zu den Ausführungen von Herrn Bönisch merkte er an, dass die Vorlage eine Bestandssituation darstelle und somit auch keine finanziellen Auswirkungen habe.

Zusammenfassend werde hier nichts Neues beschlossen. Es werde vielmehr etwas in der Stadt bereits bestehendes in diese Konzeption aufgenommen.

Herr Häder regte an, dass die weißen Rückseiten der Fahrpläne im Sinne der Stadt, bspw. durch die Darstellung des Stadtwappens, genutzt werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados nahm die Anregung auf.

Herr Krause, SPD Fraktion stellte dar, dass die Werberahmen das Abbild dessen seien, was die Mehrheit des Stadtrates gewollt habe. Und auch er teile die Meinung von Herrn Häder, dass ein ordentliches und sauberes Erscheinungsbild entstanden sei.

Er merkte an, dass die Möglichkeit bestanden habe, sich in zwei vergangenen Wirtschaftsausschüssen bezüglich der Rahmen zu äußern. Es hätten Vorschläge angebracht werden können, die auch in die Diskussion eingeflossen wären.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die von der Verwaltung vorgelegte Gliederung für die Werbekonzeption als Arbeitsgrundlage.
2. Die Präambel und die allgemeinen Grundsätze der Konzeption werden gebilligt.
3. Die Punkte
 - Abschnitt II. 1. Ortsfeste Werbeträger mit Nebenfunktion
 - Abschnitt II. 2. Ortsfeste Werbeträger ohne Nebenfunktion
 - Abschnitt II. 3. Mobile Werbeträgerwerden in der vorgelegten Form abschließend beschlossen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt die Arbeit an der Konzeption auf Grundlage der beschlossenen Gliederung fortzusetzen und für die unter III. aufgeführten Sonderbereiche Einzelkonzepte aufzustellen, sowie die Notwendigkeit von Einschränkungen gemäß IV. zu prüfen.

zu 5.12 Namensgebung von Berufsbildenden Schulen
Vorlage: V/2011/09970

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt, dem Vorschlag der Gesamtkonferenz der Berufsbildenden Schulen „Max Eyth“/„Gutjahr“ Halle (Saale) zu folgen und diese in

Berufsbildende Schulen „Gutjahr“ Halle (Saale)

umzubenennen.

- zu 5.13 **1. Änderung der Zweckvereinbarung zwischen dem Abwasserzweckverband Elster-Kabelsketal und der Stadt Halle (Saale) vom 10. November 2003**
Vorlage: V/2011/10024
-

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die 1. Änderung der Zweckvereinbarung zwischen dem Abwasserzweckverband Elster-Kabelsketal und der Stadt Halle (Saale) vom 10. November 2003.

- zu 5.14 **Wahl eines stimmberechtigten Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss der Stadt Halle (Saale)**
(Ersatzperson für ausgeschiedenes Mitglied)
Vorlage: V/2011/10045
-

Abstimmungsergebnis: **Beschluss per geheimer Wahl**
45 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) wählt Frau Kerstin Masur als stimmberechtigtes Mitglied für den Jugendhilfeausschuss der Stadt Halle (Saale).

- zu 6 **Wiedervorlage**

- zu 6.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Durchsetzung der Barrierefreiheit**
Vorlage: V/2010/09227
-

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE., äußerte ihre Zuversicht zur Beschlussfassung und zog ein positives Resümee bezüglich der Weiterentwicklung Akzeptanz dieses Antrages.

Sie wolle an dieser Stelle festhalten, dass es oft Unkenntnis von den Sachlagen sei, die Behinderte in der Stadt bewegen.

Aus diesem Grund wolle die Fraktion DIE LINKE. den Antrag in seiner geänderten Form

stellen, weil sie davon überzeugt sind, dass es wichtig sei, die Belange der Behinderten in einer Diskussion zu erfahren, um sie dann bei den Abwägungen mit einzubringen.

Weiterhin gehe es in diesem Antrag auch um die Transparenz.

Außerdem können damit auch Kosten eingespart werden. Behindertenverbände können bspw. in die Planungen einbezogen werden, so dass behindertengerechte Nachrüstungen nicht mehr erforderlich seien.

An dieser Stelle möchte sie die Initiative des Amtsleiters des Stadtplanungsamtes, Herrn Lunebach, hervorheben und ihn für seine Unterstützung danken.

Frau Haupt bat darum, dem Antrag zuzustimmen nicht nur im Interesse der Behinderten und älteren Menschen, sondern allen Bürgern dieser Stadt. Es könne hiermit ein Stückchen noch wertvolleres Wohnen und Leben in der Stadt möglich sein.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss (in geänderter Form):

1. **Die Stadtverwaltung, einschließlich ihrer Eigenbetriebe, wird beauftragt, als Auftraggeber (Bauherr) für eigene kommunale Bauvorhaben in den Aufgabensstellungen dezidiert die Anforderungen zum barrierefreien Planen und Bauen u.a. im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention und dem Behindertengleichstellungsgesetz LSA schriftlich zu fixieren.**
2. **Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für jedes Bauvorhaben im Sinne von Ziffer 1 einen aktenkundigen Nachweis über die barrierefreie Planung und Bauausführung ihren entsprechenden Vorlagen beizufügen. Dieser Nachweis ist spätestens ab der Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung) zu dokumentieren. Der Nachweis muss auch den Prozess der Abwägung enthalten, falls Belange von Menschen mit Behinderungen aus zwingenden Gründen nicht eingehalten werden können.**
3. **Grundsätzlich ist vom Auftraggeber (Bauherr) der Behindertenbeauftragte der Stadt Halle (Saale) zur Vorstellung der barrierefreien Gestaltung des Bauprojektes einzuladen. Der Behindertenbeauftragte kann die Behindertenverbände beteiligen. Die rechtsgültige Bauabnahme bleibt davon unberührt.**
4. **Die Stadtverwaltung wird beauftragt, nach 2 Jahren dem Stadtrat einen zusammenfassenden Erfahrungsbericht zur Umsetzung der Punkte 1 – 3 vorzulegen. Auf dieser Grundlage soll dann ggf. über eine Novellierung vom Stadtrat entschieden werden.**

Anmerkung:

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag lautete:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

1. Die Durchsetzung der Barrierefreiheit wird kontrollierbar für jedes Bauvorhaben der Stadt Halle (Saale) dargestellt.
2. Bei jeder Bauabnahme ist der Behindertenbeauftragte der Stadt Halle (Saale) und/oder ein von ihm benannter Vertreter einzuladen.

**zu 6.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion: Händelfestspiele wieder mit "Alternativ"-Festspielprogramm öffentlich machen!
Vorlage: V/2011/09802**

**zu 6.3.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion: Händelfestspiele wieder mit "Alternativ"-Festspielprogramm öffentlich machen (Vorlage: V/2011/09802)
Vorlage: V/2011/10120**

**zu 6.3.2 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion: Händelfestspiele wieder mit "Alternativ"-Festspielprogramm öffentlich machen! (Vorlagen-Nummer: V/2011/09802)
Vorlage: V/2011/10133**

Frau Oberbürgermeisterin äußerte sich in Bezug auf den Antrag sowie auf die Änderungsanträge.

Sie erinnerte daran, dass 2007 ein Beschluss zur Gründung der Händelhausstiftung gefasst wurde.

Eine der wesentlichen Aufgaben dieser Händelhausstiftung sei die Durchführung der Händelfestspiele. Es wurde sich außerdem darüber verständigt, wie viel Geld in diese Stiftung fließen solle.

Der Antrag der FDP-Fraktion sieht vor, mehr Attraktivität auf dem Marktplatz im Sinne Händel zu schaffen. Bereits in der Stellungnahme habe man dargelegt, dass zu dieser Zeit bspw. die Kinderhändelfestspiele in Abstimmung mit der Händelhausstiftung laufen.

Nach Meinung der Verwaltung sei die Programmgestaltung Sache der Händelhausstiftung.

Es muss hierzu eine Verständigung erfolgen, was gewollt ist.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados legte dar, dass die Stadt Halle selbst kein Veranstaltungsprogramm für die Händelfestspiele habe, sondern nur die Händelhausstiftung.

Sollte der Wunsch bestehen, dass auf dem Markt eine Veranstaltung stattfindet, so muss die

Stadt auf Grundlage der entsprechenden Satzung dazu beauftragt werden, ein Programm zu gestalten.

Sie wies darauf hin, dass dies mit Kosten verbunden wäre. Sollte dennoch der Wunsch dazu bestehen, dann würde die Verwaltung versuchen, diesem Wunsch zu entsprechen.

Ein eigenes Veranstaltungsprogramm der Stadt Halle für die Händelfestspiele müsse allerdings abgelehnt werden, da dieses in die Hände der Stiftung gegeben wurde.

Dem Antrag der FDP-Fraktion wäre hiernach zuzustimmen und die beiden Änderungsanträge seien abzulehnen. Die Bereitschaft sei dann auch vorhanden in Zusammenarbeit mit der Händelhausstiftung und dem Stadtmarketing, eine Belebung des Marktplatzes zu erreichen.

Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE., teilte mit, dass die Fraktion das Anliegen des Antrages unterstützen wolle, auch wenn eine unglückliche Formulierung vorliege.

Er erinnerte an die große Resonanz der Veranstaltung vor dem Ratshof bis zum Jahr 2003.

Sein Vorschlag sei, dass die Stadtverwaltung wieder unabhängig von der Händelhausstiftung einige Veranstaltungen vor dem Ratshof organisiere. Dies sei unter anderem auch mit Hilfe des Potentials der Musikschulen und Chöre möglich, die man hier, ohne hohe Kosten, einbinden könne.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bestätigte, den Antrag der FDP-Fraktion auch in der Form interpretiert zu haben. Dies könne als Anregung aufgenommen werden, um mit der Händelhausstiftung Abstimmungen zu treffen, den Marktplatz zu beleben.

Sie verdeutlichte noch einmal, dass die Stadt Halle selbst kein Veranstaltungsprogramm zu den Händelfestspielen habe und auch keines erstellen werde.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, gab an dieser Stelle einen zweiten Änderungsantrag bekannt. Hier solle die „Stadt Halle“ heraus gestrichen werden, so dass nur noch „Veranstaltungsprogramm für die Händelfestspiele“ da stehe.

Sie merkte an, dass es sich bereits in den Ausschüssen abgezeichnet habe, dass der Wunsch da sei, auch außerhalb des Kommerzes die Händelfestspiele genießen zu können.

In Kommunikation mit der Händelhausstiftung solle nun hierzu eine Prüfung erfolgen, ob die Möglichkeit bestehe, mit geringem finanziellem Aufwand eine Belebung des Marktplatzes zu schaffen.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, äußerte, dass auch sie für wichtig erachte, dass alles in Absprache mit dem Veranstalter stattfinden müsse. Weiterhin solle das Profil der Händelfestspiele auf dem erarbeiteten Niveau erhalten bleiben.

Ihr Anliegen wäre dabei, dass es zu keinen finanziellen Einschränkungen bei den Händelfestspielen komme oder Sponsoren abgeworben werden, um so das Alternativprogramm zu finanzieren. Es solle deutlich zum Ausdruck gebracht werden, dass hierfür keine zusätzlichen Gelder erbracht werden müssen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, teilte mit, dass dem Antrag im Finanzausschuss zugestimmt wurde.

Auch er habe zugestimmt, denn er könne der Intention der Belebung des Marktplatzes folgen.

Diese Belebung habe keine finanziellen Auswirkungen, denn es könne mit bestehenden Partnern gearbeitet werden. Ihm sei bekannt, dass hierzu auch schon Gespräche laufen. Demnach sei der Antrag erledigt, denn die Verwaltung sei bereits tätig.

Sollte die Fraktion DIE LINKE. mit dem Änderungsantrag bezwecken, ein neues Programm zu entwickeln, dann teile er mit, dass es unrealistisch sei innerhalb eines halben Jahres ein Programm zu den Händelfestspielen aufzustellen.

Die Händelfestspiele haben zwei bis drei Jahre Vorlaufzeit. Dazu ein Programm zu machen, bedeutet auch inhaltlich etwas anzufassen, demnach müsse man auch Geld anfassen und diese Finanzierung müsse die Fraktion vorlegen.

Der Vorschlag von Frau Dr. Brock zur Prüfung und Konkretisierung der Belebung ziele auf den allgemeinen Wunsch und dem solle zugestimmt werden.

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass Einrichtungen und Veranstaltungen in der Stadt Halle auch für 5 Euro besucht werden können.

Zudem bieten die Händelfestspiele viele Veranstaltungen an, gerade wenn der Raum öffentlicher ist bspw. in den Kirchen oder auf den Plätzen, wo man für ganz wenig Geld teilnehmen könne. Sie fügte hinzu, dass mehrere Veranstaltungen insgesamt kostenfrei seien.

Sie unterstütze die Aussage der Oberbürgermeisterin, dass die Eröffnung der Händelfestspiele am Händeldenkmal mit dem Stadtsingechor und die Kinderhändelfestspiele an den unterschiedlichsten Stellen in der Stadt kostenfrei seien und von allen Hallensern besucht werden können.

Sie sei nicht davon überzeugt, einen Qualitätssprung erreichen zu können und mehr Menschen in dieser Stadt zu Handel zu bekehren, wenn ein breites Mischprogramm aller Sorten Belustigung angeboten werde.

Sie gab an, dem Antrag nicht zuzustimmen, da sie ihn für kontraproduktiv halte, insbesondere für die Dinge, die die Stadtverwaltung und die Handelhausstiftung schon lange in Gang gebracht haben.

Auch auf dem kommerziellen Sektor gebe es günstige Angebote, die besucht werden können.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, ging in seinen Ausführungen direkt auf den Antrag ein. Er zeigte auf, dass an keine Person ein Auftrag erteilt werde, weder an die Verwaltung, noch an die Stiftung.

Es werde ein frommer Wunsch ohne Inhalt geäußert und so etwas sei kein abstimmungsfähiger Antrag.

Die CDU Fraktion werde diesen Antrag aus den bereits von den Mitgliedern genannten Gründen ablehnen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies noch einmal darauf hin, dass sie den Sinn dieses Antrages als Anregung verstanden habe. Sowohl die Verwaltung als auch die Handel-

hausstiftungen seien für Ideen offen und es werde versucht, den Marktplatz mehr einzubeziehen.

Sie wehre sich aber gegen die Aufstellung eines Festspielprogrammes, denn das sei Aufgabe der Händelhausstiftung.

Sie plädiere dafür, die beiden Änderungsanträge, sowohl der Fraktion DIE LINKE. als auch der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN abzulehnen. Mit dem Antrag der FDP-Fraktion könne die Verwaltung im Sinne von Anregung leben.

Herr Bönisch merkte an, das es keinen günstigen Zeitpunkt für solche Alternativen Veranstaltungen gäbe.

Zunächst fanden die Veranstaltungen zeitgleich auf dem Marktplatz statt. Es verwandelte sich erst in Händelsopen und wurde später von den Händelfestspielen getrennt. Grund dafür war, dass man sich nicht Publikum abjagen wolle.

Würden zu den Händelsopen zeitgleich Veranstaltungen angeboten werden, würde das Publikum dort abgejagt werden, denn dort müsse man zahlen. Es werde sich dann möglicherweise nicht mehr rechnen, nicht mehr tragen und folglich auch nicht mehr stattfinden.

Man könne dann auch nicht mehr von einer Alternative sprechen, sondern von etwas Anderem.

Analog sei dies zu den Händelfestspielen zu sehen. Auch hier würden möglicherweise weniger Zuschauer kommen. Die Festspiele seien bereits ohne das Alternativprogramm nicht kostendeckend. Der finanzielle Aspekt solle bei den bereits jetzt schon engen Finanzen im Blick bleiben.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, regte an, das Prozedere abzukürzen. Die Oberbürgermeisterin habe zugesagt den Antrag als Anregung aufzunehmen. Die antragstellenden Fraktionen können die Änderungsanträge als erledigt erklären ohne das ein formaler Antrag auf Erledigung der Sache gestellt werden müsse.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Änderungsanträge und des Antrages.

**zu 6.3.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion: Händelfestspiele wieder mit "Alternativ"-Festspielprogramm öffentlich machen (Vorlage: V/2011/09802)
Vorlage: V/2011/10120**

geänderter Beschlussvorschlag:

In das Veranstaltungsprogramm der Stadt Halle (Saale) für die Händelfestspiele sollten, wie bereits bis zum Jahre 2003, wieder öffentliche Veranstaltungen auf dem Marktplatz aufgenommen werden.

Die Stadtverwaltung prüft ~~legt~~ bis zum Februar 2012 in Kommunikation mit der Stiftung Händel-Haus ein entsprechendes Veranstaltungsangebot vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

**zu 6.3.2 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion: Händelfestspiele wieder mit "Alternativ"-Festspielprogramm öffentlich machen! (Vorlagen-Nummer: V/2011/09802)
Vorlage: V/2011/10133**

Beschlussvorschlag:

In das Veranstaltungsprogramm für die Händelfestspiele sollten, wie bereits bis zum Jahre 2003, wieder öffentliche Veranstaltungen auf dem Marktplatz aufgenommen werden. Die Stadtverwaltung prüft bis zum Februar 2012 in Kommunikation mit der Stiftung Händel-Haus ein entsprechendes Veranstaltungsangebot.

Abstimmungsergebnis:

erledigt
von Fraktion DIE LINKE. übernommen

**zu 6.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion: Händelfestspiele wieder mit "Alternativ"-Festspielprogramm öffentlich machen!
Vorlage: V/2011/09802**

Beschlussvorschlag:

Die bis zum Jahre 2003 vor dem Rathaus statt gefundenen Veranstaltungen als „Alternative“ zum Festspielprogramm der Händelfestspiele sollten wieder als Veranstaltungsort der besonderen Art initiiert und belebt werden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

**zu 6.5 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Gestaltungsbeirat der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09699**

Frau Wildgrube, FDP-Fraktion sagte, dass der Antrag mehrheitlich auf Ablehnung gestossen sei.

Dennoch sei man weiterhin der Auffassung, dass der Gestaltungsbeirat abgeschafft werden solle, da man die Mittel bspw. für die Haushaltskonsolidierung verwenden könne.

Außerdem stelle sie die Effektivität und Bedeutsamkeit in Frage.

In der Stellungnahme sei man auf zwei vermeintlich positive Beispiele eingegangen. Zum einem die Abzonung des Gebäudes Schülershof 1 und zum Anderem die Quartiersentwicklung Rannische Straße 3 bis 5 und 7 bis 9.

Die Abzonung sei wohl kaum eine architektonische Meisterleistung.

Die Quartiersentwicklung der Rannischen Straße wurde ohne Beteiligung des Gestaltungs-

beirates vollzogen. Formal war er beteiligt, aber der Investor setzte sein Projekt eigenständig um.

Schlussfolgernd lägen keine vernünftigen Argumente für den weiteren Erhalt des Gestaltungsbeirates vor, so dass sie um Zustimmung des Antrages bitte.

Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion äußerte, dass die SPD Fraktion den Antrag ablehnen werde.

Er informierte, dass der Gestaltungsbeirat bereits seit 10 Jahren beratend tätig sei und neben großen auch viele kleine Fälle begleitete.

Diese Beratungen haben bewirkt, dass das Aussehen der Stadt besser sei, als wenn ohne Gestaltungsbeirat gebaut worden wäre.

Es bestünde der Auftrag, dass das, was in der Stadt Halle schön ist, auch weitergeführt werde.

Herr Dr. Fikentscher, fügte seinen Äußerungen hinzu, dass die Kosten für den Gestaltungsbeirat nicht sehr hoch seien.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Beschlussvorschlag:

1. *Der Beschluss des Stadtrates zur Bildung eines Gestaltungsbeirates (Beschluss-Nr.: III/2000/00980) vom 23.05.2001 und die dazu gehörenden Rechtsgrundlagen werden aufgehoben.*
2. *Die finanzielle Ausstattung der Arbeit des Gestaltungsbeirates wird zur Haushaltskonsolidierung herangezogen.*

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

**zu 6.6 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM auf Abschaffung der Betriebsferien beim Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: V/2011/09885**

Herr Wolter Fraktion MitBÜRGER – NEUES FORUM, informierte, dass es hierzu bereits Beratungen im Jugendhilfeausschuss sowie im Eigenbetriebsausschuss für Kindertagesstätten gab und bat um Zustimmung des Antrages.

Er merkte an, dass durch Herrn Kogge ein Satzungsentwurf zur Stadtratssitzung zugesagt wurde, so dass man den Antrag hätte untersetzen können.

Herr Kogge, Beigeordneter für Schule, Bildung und Soziales, bestätigte, dass ein Satzungsentwurf entsprechend des Antrages erstellt werde. Ein konkreter Termin sei nicht benannt.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, merkte an, dass der Antrag sich gegenüber dem Ursprungsantrag geändert habe.

Erst war die Rede von Abschaffung der Betriebsferien, nun könne die Einrichtung selbst entscheiden.

Diese Flexibilität begrüße man. Man wolle aber sicherstellen, dass auch alle Eltern in diese Entscheidung einbezogen werden.

Weiterhin wolle man eine maximale Begrenzungsdauer von 14 Tagen, da drei Wochen in der flexiblen Arbeitswelt nicht zeitgemäß wären.

Die bereits bestehende Koordinierung der Betriebsferien in den Einrichtungen solle weiter bestehen bleiben, um so sicherzustellen, dass nicht alle Einrichtungen zur gleichen Zeit schließen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss (in geänderter Form):

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) spricht sich für die Abschaffung der Betriebsferien in den Kindertageseinrichtungen des Eigenbetriebes Kindertagesstätten mit Beginn des Jahres 2012 aus und beauftragt die Eigenbetriebsleitung und die Oberbürgermeisterin alle dafür notwendigen Schritte beim Eigenbetrieb bzw. bei der künftigen Anstalt des öffentlichen Rechts (u. a. ~~Streichung~~ *Modifizierung* § 5 der Satzung des „Eigenbetriebes über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)“) einzuleiten.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat einen Satzungsentwurf vorzulegen, der die Entscheidungskompetenz, ob Betriebsferien stattfinden, auf das Elternkuratorium in Zusammenarbeit mit der LeiterIn der jeweiligen Einrichtung verlagert.

**zu 6.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Finanzierungsmöglichkeit einer Streetworker-Stelle
Vorlage: V/2011/09905**

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, warb dafür, dass die Bemühungen in Bezug auf die suchtkranken Menschen der über 27 Jahre verstärkt werden und eine Straßensozialarbeit installiert werden könne.

Sie zeigte auf, dass bspw. bei den „Trinkerstandorten“ lediglich das Ordnungsamt zuständig sei. In Notlagen des Personenkreises könne durch die fehlende Zuständigkeit nicht eingegriffen werden.

In Leipzig sei eine Fremdfinanzierung über EFRE für eine solche Stelle gelungen. Ein positives Fazit konnte dahingehend gezogen werden, dass insbesondere die Anwohnerbeschwerden relevant zurückgegangen seien.

Insofern sei eine solche Stelle das Mittel der Wahl, um mit diesem Problem hier weiter umzugehen.

Die im Ausschuss präsentierten Ergebnisse halte die Fraktion für noch nicht abschließend ausgereift. Beispielsweise werde die EFRE-Finanzierung ab dem Jahr 2013 neu verhandelt, so dass insgesamt noch einmal nachgedacht werden müsse.

Herr Müller, CDU-Fraktion, teilte mit, dass die Vorgehensweise der Verwaltung zu dieser Thematik befremdlich sei.

Er begründete dies damit, dass der Antrag mit der Bitte um Prüfung in die Ausschüsse verwiesen wurde. In den Ausschüssen stelle sich nun heraus, dass die Prüfung zu 95% bereits durchgeführt wurde.

Es stelle sich nun die Frage, was dann noch in den Ausschüssen vorberaten werden solle.

Bereits im Ausschuss habe man sich aus diesem Grund enthalten und werde dies auch im Stadtrat tun.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob für die Stadt Halle eine zusätzliche Stelle einer Straßensozialarbeiterin bzw. eines Straßensozialarbeiters für die Zielgruppe der erwachsenen Suchtkranken insbesondere durch Förderprogramme der EU oder andere Förderprogramme finanziert werden kann.**
- 2. Es ist auch zu prüfen, ob ein Teil der benötigten Mittel durch finanzielle Beteiligung z. B. von Vermietern, Wohnungsgesellschaften und Einkaufszentren eingeworben werden kann.**
- 3. Das Prüfergebnis ist dem Stadtrat im November 2011 vorzulegen.**

**zu 6.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE. und der SPD-Stadtratsfraktion zur Ergänzung des Bildungs- und Teilhabepaketes des Bundes (Entlastung bedürftiger Familien von den Kosten gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten sowie Grund- und Förderschulen)
Vorlage: V/2011/09772**

Auf Antrag der CDU-Fraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM:

Ja Frau Oberbürgermeisterin, wir haben ja sozusagen mit diesem Antrag ein langes Verfahren jetzt hier erlebt. Wir warten sozusagen als Fraktion dann immer auf die nächste Stadtratssitzung, ob man das jetzt behandelt. Das scheint ja heute jetzt dazu zu kommen.

Ich wollte sie fragen, wenn es zu dem Beschluss kommt, wie sie dann bezüglich unserer Haushaltssituation, Genehmigungsfähigkeit, damit umgehen bzw. vielleicht als Beispiel jetzt auch für Kosten aus einer freiwilligen Leistung heraus, wie das Prozedere dann ist, wenn wir als Stadtrat in der Mehrheit beschließen, dass hier eine zusätzliche Aufgabe geleistet wird.

Sind sie dann als Oberbürgermeisterin in den Widerspruch zu gehen? Werden sie sich dann mit dem Landesverwaltungsamt ins Benehmen setzen oder ist das Landesverwaltungsamt gar selbst dort tätig, auch wenn es jetzt ab 01.01.2012 erst, das ist ja die Änderung jetzt, die die Antragsteller vorgenommen haben, am 01.01.2012 wirksam werden soll.

Es ja in unserer HH-Lage nichts verändert und wir sind natürlich trotzdem in der vorläufigen Haushaltsführung. Deshalb meine Frage: Wie gehen sie bezüglich einer Genehmigung, wenn es zu einem Beschluss kommt, damit um?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Wir haben in unserer Stellungnahme vom 31.08.2011 ausdrücklich darauf hingewiesen, dass dieser Antrag zwingend abzulehnen ist angesichts unserer Haushaltssituation. So wünschenswert es sein mag.

Wir sind in einer Haushaltssituation, wo wir uns das einfach nicht leisten können. Und wir müssen an den entsprechenden Stellen dort ansetzen, wo die Verantwortung wirklich liegt.

Ich hatte schon immer dafür plädiert, dass der Gesetzgeber Wege findet, dass aus den Transferleistungen direkt etwas für das Mittagessen fließt und das dann kostendeckend wäre.

Das wäre für meine Begriffe der richtige Weg, aber das Mittagessen ist nicht voll finanziert. Es bleibt dieser 1 Euro mit der Begründung: das ist im Regelsatz mit drin.

Ich hätte mir gewünscht. Aber wir dürfen nicht Ausfallbürge, die Kommune darf nicht Ausfallbürge sein, wenn Gesetze gemacht werden, die nicht rund sind.

Das ist meine grundsätzliche Meinung dazu, aber meine rein formale Verwaltungsmeinung als Oberbürgermeisterin dieser Stadt muss sein, es ist eine zusätzliche freiwillige Leistung, die wir nicht angehen können, in einem nicht genehmigten Haushalt, in der vorläufigen Haushaltsführung.

Und das ändert nichts, wenn hier steht ab 01.01.2012, denn dann werden wir wieder eine vorläufige Haushaltsführung haben, denn ich gehe nicht davon aus, dass wir zum 01.01.2012 einen genehmigten Haushalt haben werden.

Sie als Stadträtinnen und Stadträte müssen wissen, in welcher Haushaltssituation wir sind. Sie wissen es und dann müssten sie auch wissen, dass dieser Beschluss nicht gefasst werden darf und wenn sie ihn fassen, muss ich und werde ich in Widerspruch gehen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:

Ich wollte mich eigentlich kurz fassen.

Wir hatten ja in der Tat das Thema schon an mehreren Stellen und auch an dieser Stelle diskutiert mit unterschiedlichen Ansätzen und unterschiedlichen Ausgängen.

Jetzt haben sich die antragstellenden Fraktionen, GRÜNE, LINKE und SPD auf ein Vorgehen geeinigt und ich wollte nochmal ganz kurz darstellen, warum wir das für wichtig halten. Auch gerade angesichts der jetzigen finanziellen Situation das zu machen.

Die antragstellenden Fraktionen haben ein Defizit festgestellt, nicht nur sie, sondern es ist allgemein bekannt. Es gibt ein Problem bei der warmen Mittagessenversorgung für viele Kinder, die kein Geld haben oder die aus Familien kommen, wo kein Geld vorhanden ist.

Und wir halten es für viel zu kurz gesprungen, wenn wir jetzt uns darauf zurückziehen und sagen der Bundesgesetzgeber oder im Zweifelsfalle auch der Landesgesetzgeber soll uns mal Geld geben, damit wir diesem Missstand abhelfen können.

Wir sehen das Problem. Wir halten es für eine vordringliche Aufgabe der Kommune über vermeintliche Pflichtleistung hinaus etwas zu tun für die Menschen in unserer Stadt und wir glauben, dass es wichtig ist und notwendig ist an dieser Stelle auch mit der jetzigen Haushaltssituation hier etwas für die Familien und explizit für die Kinder zu tun.

Wir haben in den vergangenen Jahren jedes Jahr einen Zuschuss zum Mittagessen gezahlt. Das werden wir weiterhin tun, insofern bezweifle ich immer noch, dass es eine neue freiwillige Leistung ist, auch wenn sie ein bisschen anders gestaltet ist.

Aber den Fakt, wir haben Zuschüsse gegeben zum Mittagessen, den hat es immer gegeben und das wollen wir weiterhin tun. Und so muss die Stadt das bitte dann auch vertreten gegenüber der Kommunalaufsicht.

Wir halten das für eine Aufgabe, die notwendig ist und die auch explizit kommunale Aufgabe ist über vermeintliche Pflichtaufgaben hinaus. Sie wissen sehr genau, dass wir mehr machen müssen, mehr machen dürfen als die Pflichtaufgaben.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für notwendig, diese Mittagessenversorgung zu stützen. Wir wollen den Kindern helfen und wir bitten sie deshalb um Zustimmung.

Frau Raab, FDP-Stadtratsfraktion:

Herr Wolter, ich freue mich, dass sie nach monatelanger Beratungen in den Ausschüssen dann wenigstens kurz vor der Abstimmung dann noch mal den Gedanken fassen, ob das überhaupt genehmigungsfähig wäre durch das Landesverwaltungsamt und in Relation zu unseren doch recht knappen Haushalt setzen. Lieber spät als nie. Dankeschön für diese Anregung.

Liebe SPD, gerade wir als FDP haben natürlich großes Verständnis dafür, dass eine Partei versucht, ihre Wahlkampfversprechen dann auch umzusetzen. Aber auch wir als FDP sind ein lebendes Beispiel dafür, dass das auch nicht immer hilft in der Wählergunst. Deshalb versuchen sie sich doch mal auf die sachlichen Gründe zu besinnen und zu denen möchte ich jetzt kommen.

Ich weiß nicht, warum solche Gedanken, dass man den sicherlich natürlich bedürftigen Familien auch Unterstützung auch im Mittagessen geben soll, immer ausgerechnet in hochverschuldeten Städten kommen, weil man dann vielleicht denkt, es ist sowieso nichts mehr kaputt zu machen, oder wie auch immer.

Mir ist aus keiner anderen Stadt oder Gemeinde oder aus irgendeiner Gemeinde aus dem Saalekreis oder wo auch immer bekannt, dass dort Initiativen laufen, das Bildungs- und Teilhabepaket von der Kommunalseite her noch aufzufüllen, indem man das Essen dann kostenlos macht für alle diese Kinder.

Natürlich ist es für diese Familien oder für die Kinder aus den Familien ein Thema, das Mittagessen in den Schulen. Ich glaube aber nicht, dass die vollständige kostenlose Bereitstellung dieses Essens das Grundproblem löst.

Das löst wahrscheinlich kurzfristig das Nahrungsproblem der Kinder in der Schule, aber nicht das Grundproblem in den Familien. Denn da haben sich nun wirklich viele - in der Mathematik gut unterwegs und auch in der Sozialpolitik gut unterwegs - Leute beschäftigt.

Die Berechnungen ergeben: es würde auch tatsächlich reichen, wenn die Eltern die Prioritäten auch dort setzen würden. Und mit diesem Bildungs- und Teilhabepaket wird auch noch eine zusätzliche Unterstützung gegeben.

Man kann nicht hier sagen, wie sie das versuchen hier darzustellen, wenn wir da jetzt auch noch diesen 1 Euro noch dazugeben aus der Kommunalfinanz, müssen diese ganzen Kinder plötzlich verhungern. Das ist nicht so. Und das wäre eine wirkliche Ungleichbehandlung der anderen Familien gegenüber denen, die knapp unter dieser Grenze leben oder vom Gehalt her knapp darüber liegen, die dann zusehen müssen, wie sie das alleine täglich auf die Reihe bekommen.

Es wird sie nicht verwundern, wenn wir sagen, dass die FDP diesen Antrag ablehnt.

Herr Dr Meerheim, Fraktion DIE LINKE.:

Also ihre Einlassung eben Frau Raab, zwingt gerade dazu nochmal darauf nochmal einzugehen.

Der Zynismus, den sie jetzt mit ihren letzten Worten verbunden haben, der raubt einem quasi den Atem und sie haben das, was sie vorher als Beispiel für die SPD und sich gebracht haben, geradezu verdient nicht mehr als zwei Prozent zu bekommen.

Es ist einfach nur grausam, was sie da gesagt haben. Denen gegenüber, über die sie gesprochen haben.

Natürlich sind wir und unsere Fraktion dafür, dass dieser Antrag heute hier durchgestimmt und mehrheitlich zugestimmt wird. Ich will auch sagen warum.

Weil wir auf der einen Seite natürlich auch die Hartz IV Sätze nach wie vor für viel zu gering halten, um die Mindestbedürfnisse von Kindern in diesem Land befriedigen zu können. Das

ist ein Punkt, den können wir im Moment nicht ändern. Deswegen sehen wir uns aber gerade auch als Kommunalpolitiker da in der Verantwortung, diesen Missstand hier wenigstens ein klein wenig zu verbessern, dahingehend, dass ein Teil dieser Bedürfnisse, die Kinder haben, ein Teil, nämlich ein gesundes Mittag und warmes Mittagessen zu erhalten, denen die Möglichkeit gegeben wird.

Zu sagen, die Eltern sollen doch das Geld, diesen 1 Euro, bitteschön für ihre Kinder zur Verfügung stellen. Dieses Argument ist vielleicht nicht falsch, aber verlagert die Verantwortung und ich nehme ...

...Zwischenrufe...

...natürlich verlagert sich die Verantwortung, ich schiebe den Kindern anschließend die Schuld dafür, dass sie kein Essen bekommen, den Eltern zu, weil die glauben - ich sage mal vielleicht - die Verantwortung für ihre Kinder nicht vollständig übernehmen zu wollen. Aber muss ich deswegen die Kinder bestrafen, die in unserer Gesellschaft also nicht mal ein warmes Mittagessen erhalten können.

Es gibt keinen einzigen Sachgrund, Frau Oberbürgermeisterin, der es ihnen ermöglichen könnte, Widerspruch einzulegen.

Der Haushalt 2012 liegt noch gar nicht vor. Wir erweitern jetzt eine schon im Zustand befindliche Beschlusslage, nämlich eine andere Art von Halle-Pass.

Im Übrigen wären die Regelungen auch jetzt, in der vorläufigen Haushaltsführung fleißig ausgeübt und die betroffenen Kinder, die davon partizipieren bzw. deren Eltern finden in diesen Regelungen entsprechend Berücksichtigung.

Mir ist nicht bekannt, dass die Regelung des Halle-Passes in der vorläufigen Haushaltsführung bisher ausgesetzt wurde. Insofern sehe ich gar keine Möglichkeit an der Stelle einer Erweiterung zu widersprechen auch vor dem Hintergrund, dass es den Haushalt 2012 selbst noch nicht gibt.

Sie hätten ja die Chance im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2012 entsprechend dafür zu sorgen, dass dieser ausgeglichen ist. So wie sie vom Gesetzgeber her sowieso dazu verpflichtet, sind einen solchen vorzulegen.

Es ist richtig, wir erweitern hier eine Aufgabe und es kommt möglicherweise auch noch ein bisschen Geld dazu in den Topf. Aber bei der Aufstellung des Haushaltes sind sie verpflichtet uns einen Entwurf vorzulegen, in der Art wie der Gesetzgeber das vorschreibt. Und deswegen erwarten wir, dass ein solcher Haushalt auch dann vorgelegt wird.

Sie haben ja Herrn Geier schreiben lassen, dass wir auf Grund verschiedenster äußerer Zwänge einen solchen Haushalt bisher nicht vorgelegt bekommen können und das sich die Vorlage sozusagen verschiebt, das ist in Ordnung.

Die Begründung kann man akzeptieren und vor diesem Hintergrund sehe ich für sie keine Möglichkeit, hier irgendwie in Widerspruch zu gehen. Und wenn sie es tun, dann verschieben sie möglicherweise nur die Entscheidung des Stadtrates aber nicht die Entscheidung selbst.

Herr Krause, SPD-Fraktion:

Frau Raab, wissen sie, das ist eben gerade der Unterschied zwischen uns. Na klar machen wir auch Wahlversprechen, aber versuchen sie zu halten nicht um des Versprechens selber, sondern weil wir die Not in der Stadt erkennen.

Das ist der Unterschied, wir suchen nicht sozusagen nur die Wählerstimmen. Die Erfahrung die sie gemacht haben, möchten wir keinesfalls machen.

Ich war letzte Woche Freitag in Vorbereitung auf diese Sitzung nochmal in einer nämlichen Einrichtung, die genau sich mit diesem Sachverhalt beschäftigt. Da ist mir das auch bestätigt worden.

Dieser 1 Euro, die Durchschnittsfamilien, die das betrifft, haben mehr als ein oder zwei, meistens sogar drei solche bedürftigen Kinder, die in Schule oder Kindergarten sind.

Jetzt nehmen wir mal an, es handelt sich um zwei Kinder. 20 Tage im Monat, was wir als Werktage bezeichnen würden. Zwei mal 20 sind vierzig, bei drei Kindern 60 Euro zusätzlich, die diese Familien erbringen bzw. auch Alleinstehende - zu dem was sozusagen als Zuschuss gezahlt wird.

Und das tun die nicht in der Regel. Das ist mir da auch am Freitag nochmal deutlich bestätigt worden und die haben mir auch bestätigt, wie sich die Kinder dann tatsächlich nachmittags, wenn sie kommen, auf die freien Schnitten stürzen, die daliegen und das Essen, weil sie nämlich von morgens über mittags bis abends nichts hatten.

Und wir können über Ausgestaltung freiwilliger Leistungen, Genehmigung freiwilliger Leistung bei der Haushaltssituation reden. Wir sehen aber auch die Not der Kinder.

Ich habe zwar verstanden, dass, wie die CDU im Hauptausschuss argumentiert hat, allerdings muss ich sagen, stehen wir dafür und da nehme ich mal die anderen Fraktionen, die antragstellend mit dabei sind, mit ins Boot, dass die Leistung direkt bei den betroffenen Kindern ankommt.

Das ist ein Muss aus unserer Sicht und dass wir nicht eine Erziehungsarbeit leisten können gegenüber den Eltern über die Bedürftigkeit der Kinder. Das funktioniert aus unserer Sicht absolut nicht.

Die haben die Leistung direkt zu empfangen und deswegen sind wir der Meinung, ist zunächst erst einmal unser Vorgehen richtig.

Ich würde gerne noch anmerken: der letzte Satz in der Begründung muss natürlich gestrichen werden, der sieht vor, die Einstellung der Mittel in 2011, der wäre natürlich mit der geänderten Beschlussfassung gegenstandslos.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion:

Ich bin überwältigt von den Argumenten. Ich bin jetzt aber wirklich auch ein bisschen überrascht davon zu sagen, Herr Krause, wenn sie sagen, Hilfen zur Erziehung nützen nichts.

Das machen wir nicht. Wissen sie wie viel Geld wir immer für Hilfen zur Erziehung ausgeben und sie sagen, es ist nicht unsere Sache bei der Erziehung zu helfen. Das hat er genau gesagt, er hat gesagt es ist nicht unsere Sache, die Eltern zu erziehen, die Kinder zum Essen zu schicken. Das hat er gesagt.

Dann erbitte ich gleich jetzt ein Wortprotokoll, zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Krause das haben sie gesagt:. Und ich meine da wird schon deutlich, wie Hilfskonstruktionen hier bemüht werden müssen, um diesen unsäglichen Antrag hier zu unterstützen.

Und Argumente werden dafür gesucht, aber nicht gebracht. Ist klar wenn die LINKE. sagt, auf der Bundesebene haben wir schon gesagt, dass die Sätze nicht reichen und das setzen wir hier konsequent fort und dann geben wir das Geld der Kommune.

Was wir auch nicht haben, aber ist egal, die Stadtverwaltung soll sich mal einen Deckungsvorschlag ausdenken. Hier war es immer mal üblich gewesen und wir werden im nächsten Monat einen Antrag bringen, der uns selbst binden soll als Fraktion und nur das zu beantragen, wo wir auch einen finanziellen Deckungsvorschlag machen können bzw. mindestens die Finanzsituation zu erörtern und nicht hier einfach so auf das Geradwohl irgendwelches Geld auszugeben, was wir nicht haben.

Herr Paulsen, sie haben auch gesagt, dass sei also unglaublich wichtig, dass wir das machen, dass wir dieses Geld ausgeben. Haben sie sich eigentlich mal Gedanken gemacht, dass auch ne ganze Menge Kinder kein Essen in der Schule kriegen und möglicherweise auch nicht mittags zu Hause von Eltern, die nicht unter das SGB II fallen.

Die lassen sie einfach mal unter den Tisch fallen oder was machen sie mit denen?

Also es gibt nämlich auch Eltern als SGB II Empfänger, die zahlen den 1 Euro. Die beantragen Essen für ihr Kind, also es ist doch keine Frage des Geldes. Es ist keine Frage des Geldes, ob die Kinder essen kriegen oder nicht. Das sehen sie doch bei den vielen Kindern.

Gehen sie doch mal in die Schulen, fragen welche Kinder Essen bekommen. Ich habe mich erkundigt, denken sie ich würde sowas hier behaupten. Ja gucken sie mal, wie die Teilnehmerzahlen beim Essen sind in den Schulen und gucken sie wie viele davon SGB II Empfänger sind und dann sehen sie, dass das nicht allein eine Frage des Geldes ist.

Und hier mit der Schrotflinte zu schießen, zwei Körnchen werden wahrscheinlich die richtigen Kinder treffen. Und dass es Bedarf an dieser Stelle gibt, leugnen wir ja gar nicht. Nur hier mit der Schrotflinte zu schießen und alle Kinder, auch die die eigentlich das selbst bezahlen würden, die es bisher selbst bezahlt haben, jetzt da mit hinein zu nehmen, das halte ich einfach für den völlig falschen Ansatz.

Ich hatte die Anregung schon gemacht, man könnte sich vielleicht mal bemühen, denn aus den Stellungnahmen wissen wir ja, dass in den Einrichtungen durchaus bekannt ist, welche Kinder wirklich hungrig zur Schule kommen, dort nichts zu essen bekommen und hinterher möglicherweise auch nichts.

Also es ist ja bekannt und da kann man diesen Fällen im Einzelfall nachgehen, dafür Geld in die Hand zu nehmen, das könnte man noch unterstützen, aber dieses Allgemeine Wohltun, dem können wir nicht folgen und wir hoffen, dass auch sie irgendwann zu der Einsicht kommen, dass das Geld tatsächlich dann auch anderen weggenommen werden muss.

Denn wenn tatsächlich die Oberbürgermeisterin im nächsten Jahr einen Haushaltsentwurf vorlegt, das wissen sie auch, im nächsten Jahr wird der kommen. Das haben wir ja per Ankündigung bekommen, es wird zum 1. Januar gar keinen Haushalt geben, dann sagen sie schon mal ab 1. Januar soll es aber dieses Geld geben.

Sie wissen eigentlich, dass das gar nicht geht. Ich weiß gar nicht, was sie die ganze Zeit überlegt haben. Es war ja schon vier Monate her, wo der Antrag durch den letzten Ausschuss gegangen ist und dann wurde zurückgezogen.

Ich bin nicht unbedingt immer neugierig auf das was in einer Fraktion passiert. Aber ich muss ehrlich sagen, bei den Beratungen, warum das hier nochmal verschoben werden musste, hätte ich gerne Mäuschen gespielt. Gut, es ist mir nicht vergönnt gewesen, ich hoffe sie wer-

den uns das noch irgendwie plausibel machen.

Wir werden den Antrag ablehnen und sind bestürzt über die Begründungen, die sie vorbringen.

Herr Misch, CDU-Fraktion:

Ich will an dieser Stelle mal eins bekennen. Der Antrag klingt erst mal sehr sehr gut. Und all diejenigen, die ihn ablehnen, könnten tatsächlich, wer sich nicht ausführlich mit der Problematik befasst, in den Verruf geraten, das sind böse Menschen, die wollen was Schlechtes für unsere Kinder.

Frau Oberbürgermeisterin, ich werde mich nicht bei meinem Abstimmverhalten verstecken, so mit der Zielsetzung, na die Oberbürgermeisterin wird sowieso widersprechen müssen aufgrund der Haushaltssituation.

Sondern ich sage hier klar und deutlich für mich persönlich, ich würde diesen Antrag auch ablehnen, wenn wir nicht in dieser schwierigen Haushaltssituation wären.

Nicht weil ich hartherzig bin oder möchte, dass Kinder hungern, aber im Gegensatz zu vielen meiner Stadtratskollegen - und ich habe das schon mal ansatzweise dargelegt - habe ich noch Zeiten kennengelernt, wo Hunger geherrscht hat.

Und ich sage: meine Mutter hat trotz dieser schweren Zeiten für uns gesorgt und das Letzte gegeben.

Mir ist diese Zeit aber in einer anderen Weise in Erinnerung geblieben, nämlich im Umgang mit Lebensmitteln. Dass ich eine ganz andere Einstellung habe zu Lebensmitteln, wie man mit Lebensmitteln umgeht.

Gucken sie in Schulen mitunter in Papierkörben, was sie dort sehen. Das heißt, die Eltern sind in erster Linie verantwortlich für die Kinder.

Und nun kann man darüber streiten. Ja, es gibt Eltern die machen das eben nicht. Da erkenne ich sehr wohl, dass es in den Festlegungen zum Regelsatz Schwächen gibt. Dort müsste nämlich ein Passus aufgenommen sein, Eltern die ihren Kindern nicht eine ausreichend Versorgung gewährleisten oder am Essen teilnehmen lassen, deren müsste von dem Regelsatz etwas weggenommen werden.

Das können wir aber leider nicht ändern. Was machen wir denn plötzlich, wenn es plötzlich nicht nur Eltern gibt, die ihre Kinder nicht am Essen teilnehmen lassen oder nicht genug zu essen geben. Die mit kaputten Schuhen kommen oder halb barfuß im Winter.

Starten wir dann hier in dem Rat auch eine Aktion und sagen wir wollen, dass die alle noch Sachen von der Stadt bekommen und dass wir die bekleiden, weil die Eltern versagen?

Aus diesen Gründen sage ich, da ist der falsche Ansatz. Und man sollte tatsächlich versuchen auf die Eltern einzuwirken und das ist der richtige Weg, danke.

Herr Müller, CDU-Fraktion:

Zunächst erst mal muss man sich entschuldigen und dass hier so lang und breit diskutiert wird.

Ich teile da nicht ihre Ansicht Herr Vorsitzender, dass es schon in den Ausschüssen schon

ganz ausführlich diskutiert wurde.

Ich erinnere mich gut an den Sozialausschuss, der ja ureigens dafür zuständig ist, um diese Fragen zu diskutieren. Und nach wenigen Minuten und nach wenigen Wortbeiträgen wird auf Antrag von Herrn Dr. Diaby von der SPD diese Diskussion abgebrochen, weil man meinte, da gäbe es eigentlich gar nichts, warum solle man da diskutieren. Wir haben verschiedene Punkte aufgeführt. Wo der Antrag überhaupt nicht stimmig ist, würde ich hier nochmals erwähnen. Wenn man den Antrag wirklich nochmal genau liest, muss man wirklich konstatieren, dass er irgendwo ein Stück weit verlogen ist, ja.

Nimmt man mal allein die Tatsache, dass hier nur Kinder der Klassen 1 bis 4 angesprochen sind. Ja was ist mit der 5. Klasse? Sagt man da, die Kinder haben jetzt, sie sind jetzt groß, sie können jetzt arbeiten, selber ihr Geld verdienen und sich was zu essen verdienen.

- Zwischenrufe -

Wir haben den Antrag gestellt, er wurde abgelehnt im Sozialausschuss, also kommen sie nicht mit solchen Einwüfen.

Weiterhin suggeriert dieser Antrag, dass es keine Familien gibt oder nicht genug Familien gibt, die ihre Kinder ordentlich auch zu Hause bekochen. Weil - die sind nämlich im Endeffekt die Dummen. Ja, man muss sich das überlegen, dann steht die eine Mutter in der Kaufhalle, kauft zum Mittagessen für ihr Kind ein, kocht das auch noch auf dem eigenen Herd und muss das bezahlen. Die andere Familie schickt ihre Kinder in die gemeinschaftliche Mittagverpflegung, kriegt alles bezahlt. Am Endeffekt hat die Familie, die selbst kocht am Monatsende weniger in der Tasche, muss man sich auch mal überlegen.

Wir haben beides als Änderungsanträge gestellt, wurde beides abgelehnt. Geld hätten wir für beides auch nicht gehabt, wie für den Ursprungsantrag. Aber das wissen ja auch die Linken, das wissen die Grünen, das weiß die SPD, insofern macht es auch überhaupt keinen Unterschied, Geld ist dann eh nicht da.

Ich weiß auch gar nicht was das soll, da muss ich hier so ein bisschen an Herrn Bönisch nochmal anschließen. Wir haben mit vielen - oder wir reden ja am Stand - wenn es um Wahlkampf geht auch mit vielen Familien aus Verhältnissen, wo es finanziell auch nicht sonderlich gut dasteht.

Diese bedürftigen Familien kamen aber zu uns. Sie ernähren und sagen auch sie ernähren ihre Kinder durchaus angemessen. Ich glaube das vielfach, auch muss ich sagen: gerade mit Migrantenfamilien, dort wird täglich Mittagessen gekocht, wurde uns das sehr eindeutig berichtet. Man kann es auch vielfach nachvollziehen.

Also es gibt diese Familien durchaus, die ihre Kinder dort versorgen. Und die Familien, man würde es vernünftiger Weise so machen, dass man erst mal seine Kinder versorgt und dann vielleicht sich selber was kauft, Zigaretten irgendwann mal und Alkohol und vielleicht ein Flachbildschirm und was dort immer unbedingt nötig ist.

In Familien wo diese Liebe, ich meine da gehe ich bisschen in ihre Richtung Herr Bartl, in Familien wo diese Liebe nicht da ist, da können sie soviel Geld reinstecken, wie sie wollen, diese Probleme werden sie schlicht und ergreifend nicht lösen.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion:

Ich beneide sie nicht darum, dass sie die Kohlen aus dem Feuer holen müssen für ihre Partei, als sie Wahlversprechen abgegeben haben. Aber so ist das nun mal in der Politik.

-Zwischenrufe –

Der Punkt ist doch, wir wissen doch alle wie die Haushaltslage ist. Und wir wissen alle, dass es eben viele in diesem schönen Bundesland gibt, die unserer Stadt nicht besonders wohlgesonnen sind. Die die Haushaltsmisere unserer Stadt nicht in der Schuld des Landes sehen, sondern originär in der Schuld der Stadt selbst. Und so ein Antrag, so ein Antrag ist Wasser auf die Mühlen derjenigen, die die Haushaltsmisere der Stadt selbst zuschießen. Das ist das Problem von solchen Anträgen.

Und da kann ich ihnen sagen, also ich kann ja ihre sozialpolitische Position hinsichtlich dessen verstehen, aber der Punkt ist und bleibt, wenn ihnen das wirklich wichtig wäre, wenn ihnen wirklich wichtig wäre, dass diese 1,2 Millionen Euro bei den Bedürftigen ankommt, dann hätten sie zwingend einen Deckungsvorschlag nennen müssen, wenn ihnen das so wichtig gewesen wäre. Das haben sie nicht getan, weil sie wissen, sie wollen es nicht und sie kriegen es nicht und deswegen ist ihr Antrag unehrlich und da können sie rumreden wie sie wollen.

-Zwischenrufe -

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Ich weiß nicht, insbesondere liebe Kollegen von der CDU, warum sie es nicht schaffen, diese Diskussion zu führen ohne irgendwie am Thema zu bleiben und ohne einigermaßen sachlich zu bleiben. Es ist mir absolut schleierhaft. Das ist zwar emotional beladen dieses Thema, aber so wie sie sich hier aufführen - das ist echt nicht notwendig.

-Zwischenrufe –

Herr Misch, ich finde das nicht hilfreich, was sie hier vergleichen. Keiner spricht ihnen und ihrer Familie ab, dass sie es nach dem Krieg schwer hatten. Aber es gibt über keine Grundlage, die Familien mit heute oder Situationen, die die Familien heute erleben, mit der Nachkriegszeit zu vergleichen. Was auch kein Handlungsleitfaden.

Ich weiß, dass man ihnen nicht alles anlasten kann, was ihre Partei verbricht, jedenfalls ihnen persönlich nicht, aber sie sollten nicht vergessen, dass Frau von der Leyen aus ihrer Partei es ist, die explizit gesagt hat, wir brauchen einen Zuschuss zum Essen. Es kommt aus der CDU, sie wollten es so, es ist ihre Politik.

Zu guter letzt Herr Bönisch, sie sind immer ganz schnell dabei, allen anderen zu unterstellen, dass sie Geld ausgeben wollen für Sachen, die absolut unnötig sind und die sie überhaupt nicht einsehen und verweisen dann ganz galant auf das Haushaltsproblem der Stadt. Dabei sind sie es doch, sie und ihre Fraktion, die sich hier in den Haushaltsberatungen hinstellen und eine 7stellige Summe für den Straßenbau fordern. Und sie sagen uns, es wäre kein Geld da für dieses soziale Projekt, wo wirklich Bedarf ist, Wir wissen, dass sie lieber in Beton statt in Bildung investieren aber so können sie sich nicht hinstellen und behaupten, sie wären diejenigen, die den Haushalt im Blick haben.

Sie sind ganz ganz schnell dabei wenn es darum geht, Straßenbau zu unterstützen. Wie gesagt 7stellig und da reden sie überhaupt nicht von Deckungsvorschlägen. Da greifen sie einfach mal ins Volle und uns werfen sie vor, wir würden den Haushalt gefährden. So geht es nicht und es geht auch nicht, dass sie behaupten, natürlich gibt es Kinder die zu Hause essen, klar gibt es die. Sie müssen gucken in die Gruppe derjenigen, die aus Familien kommen, die ALG II beziehen, wie viel Essen da in der Schule, wie viel essen da zu Hause und wie viel essen warum nicht in der Schule oder Kita und darum geht es.

Und da gibt es Befragungen zu und da gibt es Untersuchungen zu und die sagen ganz klar, das Geld ist ein großes Problem und ist ein wichtiger oder der wichtigste Grund warum diese Kinder nicht im Kindergarten oder Schule essen. Diese Untersuchungen gibt es, sie ignorieren sie und sie geben bewusst falsche Angaben. Das ist wirklich ärgerlich in so einer Debatte.

Herr Krause, SPD-Fraktion:

Ich will mal einen Versuch machen, vielleicht kriegen wir doch ein bisschen Sachlichkeit in die Debatte noch rein. Auch wenn es wahrscheinlich die letzte Wortmeldung jetzt ist.

Herr Bönisch, nochmal, die Hilfe zur Erziehung ist zum Glück, und ich sage das ganz bewusst, weil ich dieses Wort ganz selten benutze, Gott sei dank in der Stadt Halle so, dass eben die Kinder nicht instrumentalisiert werden sollen, wenn Eltern sozusagen nicht richtig reagieren und versagen.

Und deswegen habe ich, und ich erinnere mich an meine Worte genau und das können sie im Protokoll sogar nachhören, gesagt: die Bedürftigkeit der Kinder darf nicht instrumentalisiert werden. Es ist ganz was anderes. Das heißt, nicht über die Kinder soll man die Eltern erziehen. Das ist das was ich meine, Hilfe zur Erziehung ja, sehr wohl, aber mit anderen Methoden und mit anderen Einlassungen und die Kinder dürfen nicht zum Spielball um Mittel zum Zweck werden. Das war der Sinn meiner Äußerung.

Was die Deckung, was die Deckung angeht. Wir haben in dem ursprünglichem SPD-Antrag schon eine Deckung gebracht, da waren sie nicht dafür. Wir haben die Mittel von 311.000 Euro, die für alle Bedürftigen von Kita bis Grundschule 4 reicht, das sind etwas, wenn man so die realistische Zahl annimmt, die die Nutzung in Anspruch nehmen würden, von 13.321 Personen, die wir ausgerechnet haben. Wenn man das in Anschlag nimmt, dann würden wir sozusagen mit den 311.000 Euro hingekommen sein, von den Herbstferien bis zum Ende des Jahres.

Das heißt die festgehaltenen Mittel, mehrfach festgehaltenen Mittel, die zweckbestimmt auch waren, die waren auch eine Deckung. Das heißt, uns vorzuwerfen wir hätten keine Deckungen präsentiert, die realistisch sind, stimmt einfach nicht. Sie waren trotz Deckung trotzdem dagegen.

Ich würde gern noch eins sagen, Werner Misch, wir kennen uns nun lange und gut und ich schätz dich sehr, ich sage das mal an der Stelle. Aber eines, Schuhe kann man nicht essen und Schuhe kann man auch nicht mit Essen vergleichen. Und wenn bedürftige Familien und Kinder hier in der Stadt Probleme haben, gibt es ne Menge Hilfsangebote, Kleidung zu kriegen.

Was das Essen angeht, ist das bei Bedürftigen nicht so. Und ich möchte das nochmal klarstellen, hier geht es nicht um ein allgemeines Gewabere, Herr Bönisch. So wie sie es gesagt haben, sondern wir haben ganz klar das Kriterium der Bedürftigkeit aufgestellt. Das ist das klare Kriterien und deswegen Herr Müller zieht diese Neiddebatte nach dem Motto die einen bezahlen und die würden dann nicht mehr bezahlen, die Benachteiligung, diese Neiddebatte hilft in diesem Zusammenhang aus meiner Sicht nicht.

Sie können überhaupt keine soziale Maßnahme machen und auch kein Gesetz nicht auf Bundesebene wenn sie nicht eventuale Mitnahmeeffekte von Vornherein mit einkalkulieren. Es funktioniert nicht in der Gesellschaft, das wissen sie selber ganz genau. Und wir haben uns ganz klar auf das Kriterium der Bedürftigkeit festgelegt. Also wie sich das im nächsten Haushalt gestaltet, das werden wir miteinander diskutieren. Wir werden auf jeden Fall den

Versuch machen, Deckungen vorzuschlagen, dieser Übung haben wir uns bisher immer unterzogen.

Aber letzten Satz zu dem Herr Müller, was sie gesagt haben. Das ist wohl so, dass es leider in einigen oder mehreren Familien diese Liebe nicht gibt, die sozusagen sich so aufopfert, dass sie auch verzichtet auch wenn es ganz ganz knapp ist. Und wir können als Gesellschaft vielleicht nicht diese Liebe ersetzen, aber wir können mit dem wenigen Geld, was wir haben, ein Stück Solidarität üben und das sollen wir tun.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion:

Ich möchte es versuchen ganz sachlich. Aber ich denke, wenn man der CDU vorwirft null soziale Kompetenz, Gewissen oder was auch immer und lieber in Beton statt in Bildung investieren. Also Dünnschichtbelege sind nicht unbedingt immer aus Beton, da möchte ich auch gar nicht drauf eingehen.

Jeder hat hier irgendwo die Erfahrung gehabt. Jeder, so kam es mir vor, war irgendwo jemand, der sich im Bereich Schule, im Bereich Kinder auskennt. Ich bezweifle ja nicht, dass man die ein oder andere Einrichtung besucht hat, sich vielleicht auch ein paar Kinder angeguckt hat.

Ich guck mir die seit 1985 alle an. Gut, die von '85 bis '90 musste man nicht so angucken, aber ich gucke auch in den letzten Jahren hin. Und ich finde es auch ein bisschen naja unehrlich. Ich wollte jetzt beinahe verlogen sagen, wenn man dann sagt wir müssen über den ALG II Satz sprechen.

Ich habe heute mit Leuten diskutiert, die 40 Stunden in der Woche arbeiten. Unsere Zukunft, nämlich die künftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die haben teilweise weniger als den ALG II Satz.

- Zwischenrufe -

Ich habe jetzt über Ausbildungsvergütung gesprochen und das ist jetzt nicht die Mindestlohndebatte.

- Zwischenrufe -

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Bitte, ich sehe wir sind bei einem ideologisch dichten Thema, hier kann jeder ausreden. Herr Schachtschneider, bitte.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion:

Vielen Dank für die. Naja sachlich ist zum Beispiel, wenn ich einen Anderen ausreden lasse. Und sachlich ist es, wenn ich das Kind beim Namen nenne, so wie es nun mal ist. Ich möchte es aber gar nicht in der Diskussion. Ich möchte es einfach jetzt abbiegen.

Jetzt gehen wir in die nächste Runde rein. Herr Müller brachte es wirklich bloß in ein oder zwei Sätzen. Ich glaube wir sollten wirklich mal drüber reden, wie gerecht, wie sozial es ist.

Und da gefiel mir als einziges die Begründung von Herrn Hopfgarten und das war im Jugendhilfeausschuss, als ich das Wort ungerecht verwendet, ich glaube auch unsozial.

Er hat gesagt das Ganze ist ein Anfang. Da würde ich noch mitgehen, denn wenn wir es nur

tröpfchenweise verteilen, erreichen wir auch Kinder, z.B. ab 10, 11, 12, 13 bis hin zu, ich sage mal 16, 17 Jährigen. Die erreichen wir nicht, weil ganz einfach das Geld nicht da ist.

Und als letztes, ich möchte einfach nur nochmal appellieren, im Jugendhilfeausschuss sitzen auch die Freien Träger. Und als ich dann die Frage stellte, wenn wir, das Grundanliegen kann ich verstehen, ich möchte auch, dass jedes Kind wirklich satt in der Schule sitzt, aber dann müssen wir uns überlegen wo streichen wir.

Und dann können wir keine andere freiwillige Leistung mehr finanzieren und dann gingen die Köpfe nach unten und manch einer guckte in sich, bei manchem hat das sogar zu einer Stimmenthaltung geführt.

Also, es ist unehrlich zu sprechen und zu sagen, nächstes Jahr haben wir einen ausgeglichenen Haushalt. Wenn es so ist und Frau Oberbürgermeisterin mir das jetzt bestätigt, also dann könnte ich mich fast dazu durchringen. Herr Geier auch, wenn der sagt, nächstes Jahr haben wir einen ausgeglichenen Haushalt, ein bisschen neu verschulden, gerne.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER – NEUES FORUM:

Also ich finde an der Diskussion ein bisschen schade, dass jeder so die Sachlichkeit für sich verbucht. Aber dann hinterher dann immer, wie es so schön heißt, man soll nicht mit Steinen werfen, wenn man im Glashaus sitzt. Und das Problem ist einfach, es werden dann Argumente in den Raum gestellt, die sind eigentlich bei näherer Betrachtung nicht haltbar.

Herr Krause kritisiert das Beispiel, was Herr Misch bringt mit den Schuhen, vergisst dann eventuell die ganzen Tafeln, die es gibt. Ich weiß nicht, wenn man es auf einen Versuch ankommen lassen würde, ist es schwieriger ein paar Winterschuhe für ein Kind zu finden, als ein warmes Essen bei irgendeiner caritativen Einrichtung. Ich weiß nicht, was bei raus kommen würde, aber ich wäre mit solchen Vergleichen immer vorsichtig.

Herr Dr. Meerheim kritisiert den Sarkasmus der FDP, aber gleichzeitig sagt er, na wir satteln hier mal drauf auf den Haushalt. Machen die Vorgabe im Prinzip, dass man im Jahr 2012 so und so viel Tausend Euro mehr einstellen müsse und weist dann charmant darauf hin, na aber sie Frau Oberbürgermeisterin haben doch die Verpflichtung einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, dann machen sie mal.

Ich weiß nicht, sie als Vorsitzender des Finanzausschusses, das finde ich auch ´ne Form von Sarkasmus, die nicht mehr tragbar ist.

Sie wissen ganz genau, wie unser Haushalt aussieht und wir können hier natürlich noch viele Beschlüsse fassen, die vorgreiflich für künftige Haushaltsjahre sind, und dann sagen, was interessiert uns das dann, die Verwaltung hat die Aufgabe uns einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Und wenn sie den ausgeglichenen Haushalt vorlegen, wo sowas nicht drinnen steht, dann steht man sofort auf und sagt, wir haben doch als Stadtrat beschlossen dass, das wollen wir haben, dann macht doch mal als Verwaltung.

Ich denke, das ist eine unehrliche Diskussion. Wir sollten dann hier wirklich uns ehrlich in die Augen schauen, auch ins Portmonee der Stadt schauen und fragen, können wir uns das leisten oder können wir uns nicht das leisten.

Und ich denke da müssen wir uns einfach eingestehen, wir können uns es nicht leisten und wir können auch nicht die Fehler der Bundespolitik korrigieren, weil, dann müssten wir eventuell auch sagen, jedem ALG II Empfänger müssten wir mehr ALG II bezahlen, weil wir der Meinung sind, das reicht nicht, was sie bekommen, etc.

Auf der anderen Seite ist es genauso wichtig in die Schulen zu investieren, in die bauliche Substanz der Schulen, da muss ich auch sagen, da sind manche Schulen, die wir unseren Kindern zumuten, auch nicht in Ordnung.

Da ist dann wieder die Abwägung ist es wichtiger, dass die Kinder insgesamt in einer guten Schule lernen, also in Bildung investieren oder ist es wichtiger, dass ich im Prinzip die Versäumnisse einzelner Eltern korrigiere und sage ich mach dann ein kostenloses Mittagessen für bestimmte Kinder.

Ich denke das ist eine schwierige Diskussion, die hier heute in der Form im Prinzip eigentlich durch unsere Haushaltslage entschieden wird.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Ich denke, dass ist jetzt ein gutes Schlusswort zu der aufgeheizten Debatte.

Dann erteile ich mir das Wort.

Ich halte mit meiner Meinung dann auch nicht hinterm Berg. Ich möchte sagen, zu der ganzen Diskussion, wo wir wirklich alle Argumente ausgetauscht haben und ich wenig Lust und wirklich Gedanken verspüre, dass man sich mal in die Lage des anderen versetzt. Und wenn man das täte, vielleicht kommt man doch zu ein paar Brücken.

Ich schlage ihnen mal eine vor. Eine Brücke wäre die, dass man wirklich mal die Schwierigkeit der Lehrer sieht und die Lehrer stärkt.

Wenn man die Lehrer stärkt über die Grundschullehrer hinaus auch für die Lehrer der höheren Klassen, die sehen nämlich am ehesten, wenn sie gute Lehrer sind, wer wirklich Not leidet in seiner Klasse. So viel Empathie verlange ich von Lehrern.

Und wenn wir diese Empathie dann weiterreichen können, zu gewissen Hilfseinrichtungen, die das flankieren, dann haben wir schon viel geholfen. Dann haben wir eine höhere Treffsicherheit als die Gießkanne.

Und das möchte ich sagen, dass wir da vielleicht mal gucken sollten wie stärken wir den Lehrerberuf und wie stärken wir auch die Sensibilität genau das zu erfassen, was Not tut in meiner Klasse. Das können Sachen sein und das könne Essen sein.

Und dann gibt es in unserem Land genügend Einrichtungen, die das versuchen mit abzufangen.

Das wäre ein Vorschlag, der vielleicht in alle Richtungen gehen könnte, ohne jetzt wieder uns aufeinander einzuargumentieren. Ohne hinzuhören, wie es dem anderen wirklich geht mit seinem Argument. Das ist mein Wort jetzt und ich bitte darum, dass kein Widerspruch sich regt.

Ich möchte jetzt diesen Punkt abstimmen.

Ende des Wortprotokolls.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt
28 Ja-Stimmen
20 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Beschluss (in geänderter Form):

1. **Ab dem 01.01.2012 Ende der Herbstferien 2011 am 24.10.2011 werden Leistungsberechtigte nach SGB II, SGB XII, nach § 2 und 3 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Wohngeldgesetz und Kinderzuschlag über die gesetzliche Regelung bzw. die Regelung des Halle-Passes hinaus, bei Teilnahme an der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten und den Klassen eins bis vier der halleschen Schulen vom Eigenanteil in Höhe von 1 € pro Mittagessen durch einen städtischen Zuschuss entlastet.**
2. **Dieser Zuschuss zur gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung wird den Essensanbietern der Inanspruchnahme entsprechend erstattet.**
3. ~~Die finanzielle Deckung für das Jahr 2011 erfolgt aus in den Haushaltsstellen 1.4980.788100 und 1.4980.788200 geplanten Mitteln.~~

Der Stadtrat legte eine Pause von 31 Minuten ein.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Erstellung eines Personalberichtes
Vorlage: V/2011/10064**

Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE., fordere eine Personalstrukturanalyse, die jährlich, unabhängig von den Personalberatungen, diskutiert werden solle.

Der Stadtrat müsse sich mit der Analyse beschäftigen, um zu sehen, wie die Verwaltung aufgestellt sei, um die Dienstleistungen für die Bevölkerung zu erbringen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies den Antrag in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften sowie in den Hauptausschuss. Man solle in den Ausschüssen die Diskussion hierüber führen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, bat darum, dass die Verwaltung einen Änderungsantrag formuliere. Die Stellungnahme enthalte eine Empfehlung hier etwas anderes zu beschließen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass es unüblich sei, als Verwaltung einen Änderungsantrag zu stellen.

Der Antrag wurde verwiesen. Die Argumente der Verwaltung werden in den entsprechenden Ausschüssen vorgetragen und ggf. vom Antragsteller übernommen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

1. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zur Stadtratssitzung Dezember 2011 erstmalig einen Personalbericht über die Entwicklung der Personalstrukturen und Personalausgaben der Stadtverwaltung und deren Eigenbetriebe dem Stadtrat vorzulegen. Der Bericht sollte nach folgenden Hauptinhalten strukturiert sein:*
 1. *Personalbestand (Analyse) –bezogen auf die einzelnen Ämter*
 - Soll-Ist- Vergleich
 - Altersstruktur (Gilt auch nachfolgend für alle aufgeführten Punkte.)
 2. *Personalveränderungen des letzten Jahres (Vergleich 2010 zu 2011)*
 3. *Personalentwicklung (BewerberInnen, Fortbildungsmaßnahmen, Praktika, Handlungsschwerpunkte und Instrumente der Personalentwicklung etc.)*
 4. *Besondere Personalbetrachtungen (Überstunden, Ausfallzeiten, Beurlaubungen)*
 5. *Allgemeine Personalentwicklung (Gesundheitsfürsorge, soziale Leistungen, Arbeitsplätze für Schwerbehinderte etc.)*
 6. *Entwicklung der Personalkosten*
2. *Der Personalbericht wird von der Verwaltung ab 2012 jährlich im September des Jahres vorgelegt.*

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften,
Hauptausschuss**

zu 7.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Einrichtung eines Fußgängerüberweges auf dem Joliot-Curie-Platz Vorlage: V/2011/10076

Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion teilte mit, dass die Umgestaltung des Joliot-Curie Platzes ein leidiges Thema sei.

Die beschlossenen Veränderungen wurden nur teilweise umgesetzt. Ein Fußgängerüberweg und die Absenkung der Bordsteine wurde nicht berücksichtigt.

Im Bereich des Marthaviertels soll nun eine Möglichkeit für Rollatoren geschaffen werden die Straßen zu überqueren. Das derzeitige Altstadtpflaster sei gänzlich ungeeignet für Rollstuhlfahrer und Rollatorbenutzer.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados merkte an, das die Verkehrsregelungen zum übertragenen Wirkungskreis gehöre.

Sollte es sich hierbei um einen Prüfauftrag handeln, werde dieser veranlasst. Käme es zu einer Beschlussfassung, dass ein Fußgängerüberweg einzurichten sei, ist dieser unzulässig. Sie bat darum, den Antrag zu einem Prüfauftrag umzuformulieren.

Herr Kley FDP-Fraktion informierte, vor einem halben Jahr schon einmal eine Beschluss zur Errichtung einer Fußgängerquerung gefasst worden.

Die wesentlichen Teile der damaligen Beschlussfassung wurden umgesetzt. Er machte im Weiteren darauf aufmerksam, dass sich an der einzigen Stelle, an der man die Straße queren kann, parkende Autos befinden und damit eine zusätzliche Gefahrenquelle geschaffen wurde.

Mit dem heutigen Antrag soll diese Gefahrenstelle beseitigt werden und dort eine ordentliche Querung ermöglicht werden.

Herr Kley zweifle zudem an, dass ein gefasster Beschluss zur Schaffung einer Fußgängerquerung rechtswidrig sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat erneut darum, den Antrag in einen Prüfauftrag umzuformulieren, um rechtlich auf der sicheren Seite zu sein.

Herr Kley nahm den Wunsch zur Änderung an und bittet nun um Prüfung zur Errichtung eines Fußgängerüberweges.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, stellte die Zweckmäßigkeit zur Errichtung des Fußgängerüberweges, wie schon bei der ersten Antragstellung, in Frage.

Er zeigte auf, dass die Zweispurigkeit an dieser Stelle erhalten blieb und somit der Überweg nicht möglich sei. Selbst wenn man die Straße überquert habe, befände man sich dann in der Anlage, von der aus es für körperlich Behinderte weiterhin unmöglich sei sich fortzubewegen. Es werde demnach weiterhin erst unten an der Großen Steinstraße ein Seitenwechsel erfolgen, so dass die Zweckmäßigkeit in Frage gestellt sei.

Herr Bönisch äußerte weiterhin, dass bereits zur ersten Antragstellung die Verwaltung hätte prüfen müssen, ob die Errichtung des Fußgängerüberweges möglich sei.

Herr Paulsen Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, zeigte sich irritiert, da dies zur Beschlusskontrolle gehöre.

Der Stadtrat habe in einem Beschluss die Verwaltung beauftragt, eine verkehrssichere Fußgängerquerung zu schaffen. Hierzu gab es weiterhin die Anmerkung, dass die Verwaltung prüft, ob ggf. Widerspruch eingelegt werden müsse.

Der Widerspruch musste nicht eingelegt werden, insofern ist der Beschluss verbindlich. Demnach habe er großes Interesse daran zu erfahren, warum die Fußgängerquerung nicht geschaffen wurde.

Herr Paulsen wolle außerdem erfahren, wann dieser Beschluss umgesetzt werde bzw. was die Verwaltung daran hindere dies nicht zu tun.

Ein neuer Prüfauftrag müsse somit nicht beschlossen werden.

Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE., teilte mit, dass die Straßenverengung durchgeführt wurde, um an dieser Stelle eine Fußgängerquerung möglich zu machen.

Problematisch sei hier zum einem, dass die Autos zu nah parken dürfen. Die Markierungen auf der Straße müssten 5 Meter weiter hinunter gezogen werden, um so eine bessere Einsicht zu erhalten.

Zum anderem wäre es hier möglich, dass die Prüfung ergeben habe, dass der Fußgängerüberweg an dieser Stelle unzulässig sei.

Ähnlich wie beim Spechtweg wäre es hier möglich, dass zur entsprechenden Stunde nicht genug Fußgänger vorhanden waren. Es können allerdings auch keinen Passanten die Straße queren, da das Angebot fehle. Somit liefere der Prüfauftrag ins Leere.

Eigentlich müsse ein Konzept erarbeitet werden, dass die Fußgänger, an welcher Stelle auch immer, ordentlich geführt werden.

Herr Müller, CDU-Fraktion, fragte nach der Auffassung des Rechtsamtes in Bezug auf die Zulässigkeit. Seines Erachtens sei auch hier der übertragene Wirkungskreis betroffen und die Beschlussfassung unzulässig.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies den Antrag in den Planungsausschuss sowie in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten. In den Ausschüssen könne die Diskussion weitergeführt werden und die Verwaltung könne berichten, was mit dem vorhergehenden Beschluss gemacht wurde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) prüft die Errichtung ~~errichtet~~ eines Fußgängerüberweges auf dem Joliot-Curie-Platz in Höhe Marthastraße und setzt dies bei rechtlicher Möglichkeit um.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den
**Ausschuss für Planungsangelegenheiten,
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**

zu 7.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Fortschreibung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2011/10077

Frau Raab, FDP-Fraktion, merkte an, dass entsprechend dem Stadtratsbeschluss ein umfangreiches Zahlenmaterial und Vorschlag zur Situation aller Schulformen sowie eine vernünftige Schulentwicklungsplanung hätte vorliegen müssen.

Dies sei bislang nicht geschehen, so dass das Zahlenmaterial der letzten zwei Jahre genutzt werde.

Bei dem Antrag handele es sich um Förderschulen im LB-Bereich. Hier liege ein Überangebot an Plätzen vor. Entgegen allen Vermutungen liegt keine zwingende Notwendigkeit vor, alles auf den Prüfstand zu stellen.

Inklusion könne noch nicht umgesetzt werden, da das Land mit seinen gesetzlichen Regelungen noch nicht so weit sei.

Es müsse dennoch regulierend eingegriffen werden, um diese Platzkapazität einzuschränken. Die Schließung der Jägerplatzschule sei aber nicht ausreichend. Eine vernünftige Lösung müsse gefunden und die Schulen insgesamt betrachtet werden.

Frau Raab wies darauf hin, dass Förderschulen keinen Einzugsbereich haben, es aber dennoch eine gleichmäßige Verteilung im Stadtgebiet gäbe. Ausgenommen hiervon sei der Standort in Halle-Neustadt, wo es zwei relativ große Förderschulen in unmittelbarer Nachbarschaft gäbe.

Nachweislich haben diese beiden Schulen einen enorm hohen Sanierungsaufwand. Folglich, um unter anderem auch den Eltern lange Wege zu ersparen, wäre es sinnvoll, eine dieser beiden Schulen zu schließen.

Weiterhin merkte **Frau Raab** an, dass vor ungefähr einem Jahr die Konzepte der einzelnen Schulen im Bildungsausschuss vorgestellt wurden. Die Konzepte der beiden Schulen unterscheiden sich nicht wesentlich voneinander.

Die FDP-Fraktion schlägt demnach vor, dass die Fröbelschule und die Makarenkoschule am Standort Trakehnerstraße 1 fusionieren.

Die Umsetzung des Beschlusses könne in Ruhe beraten werden, um so für die Beteiligten die beste Lösung zu finden.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, merkte an, dass den Ausschussmitgliedern umfangreiche Unterlagen zur Schulentwicklungsplanung zugestellt wurden. Er fügte hinzu, dass Teile des Antrages bereits in der Schulentwicklungsplanung eingearbeitet seien.

Weiterhin machte Herr Schachtschneider auf einen Offenen Brief von drei betroffenen Schulleitungen aufmerksam.

Man müsse bei der Entscheidung das Gesamtwohl im Auge haben, so dass der Antrag im Namen der CDU Fraktion in den Bildungsausschuss verwiesen werde.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., merkte an, dass auch seine Fraktion den Antrag verwiesen hätte, um intensiver darüber zu diskutieren.

Er teilte mit, dass gerade bei Schulen mit Förderschwerpunkt keine zu großen Schulkomplexe entstehen, denn es bestehe hier eine gewisse Fürsorgepflicht.

Auf der anderen Seite sei Inklusion in das Regelschulsystem erwünscht und somit haben auch die Schülerzahlen irgendwann ein gewisse Rolle.

Herr Lange fügte seinen Ausführungen hinzu, dass bevor es zu Fusionen komme, das ausgewählte Gebäude entsprechend saniert. Es sei nicht im Sinne der Schüler, von einem dauerlichen Schulzustand in den nächsten ziehen müssen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

geänderter Beschlussvorschlag:

Die mittelfristige Schulentwicklungsplanung für die Stadt Halle (Saale) wird für den Planungszeitraum Schuljahr 2011/12 bis 2013/14 wie folgt fortgeschrieben:

1. Die Fröbelschule und die Makarenkoschule fusionieren zum Schuljahresbeginn 2012/2013 mit dem neuen Standort Trakehnerstraße 1, 06124 Halle (Saale).
2. Der Stadtrat empfiehlt für die neue Schule den Namen Fröbelschule.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**
durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den
Bildungsausschuss

Anmerkung:

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag lautete:

1. Die mittelfristige Schulentwicklungsplanung für die Stadt Halle (Saale) wird für den Planungszeitraum Schuljahr 2011/12 bis 2013/14 wie folgt fortgeschrieben:

Die Fröbelschule und die Makarenkoschule fusionieren zum Schuljahresbeginn 2012/2013 mit dem neuen Standort Trakehnerstraße 1, 06124 Halle (Saale). Der neue Name lautet Fröbelschule.
2. Die Schüler werden in die verbleibenden Förderschulen aufgeteilt. Dabei wird der Elternwille vorrangig berücksichtigt, um unnötige Klagen vor dem Verwaltungsgericht Halle (vgl. Az: 6 B 150/11 HAL) zu vermeiden.

zu 7.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sportverwaltung in Halle
Vorlage: V/2011/10070

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, sagte aus, dass die Fraktion mit dem Antrag die Einbeziehung des Stadtrates in die Frage der Zukunft der Sportverwaltung erreichen wolle.

Der Stadtsportbund war bereits mit einem Vorschlag zur Zukunft der Sportverwaltung im Sportausschuss.

Die Verwaltung habe wiederholt geäußert, dass sie der Meinung sei, den Stadtrat erst zu gegebener Zeit einzubeziehen.

Seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN werde die Zukunft der Sportverwaltung als wichtige Planung angesehen, so dass die Einbeziehung des Stadtrates erforderlich sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados, teilte mit, dass der Stellungnahme des Herrn Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, nichts hinzuzufügen sei.

Sie führte aus, dass die Organisation der Verwaltung die Sache der Oberbürgermeisterin sei.

Weiterhin teilte sie mit, dass es Gespräche zwischen der Verwaltung und dem Stadtsportbund gebe, diese jedoch noch zu einer Reife geführt werden müssen.

In Verbindung mit dem Beteiligungsmanagement werde eine Vorlage eingebracht. Sollte eine Einbeziehung der Stadträte im Vorfeld erforderlich sein, dann werde man sich auch an die Fraktionen wenden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sagte aus, dass das Handeln der Verwaltung der Gemeindeordnung widerspreche.

Es solle geprüft werden, ob ein Beschlussvorschlag vorgelegt werden könne, somit lägen offenbar Planungen vor, den Stadtrat einzubeziehen.

Herr Paulsen verwies auf den § 62 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt, dieser regelt die Rechtsstellung im Gemeinderat und in den Ausschüssen. Er zitierte hieraus den Absatz 2: „Der Bürgermeister..“, in diesem Fall die Bürgermeisterin, „...hat den Gemeinderat über alle wichtigen, die Gemeinde und ihre Verwaltung betreffende Angelegenheiten zu unterrichten. Bei wichtigen Planungen ist der Gemeinderat möglichst frühzeitig über die Absichten und Vorstellungen der Gemeindeverwaltung und laufend über den Stand und den Inhalt der Planungsarbeiten zu unterrichten.“

Schlussfolgernd sei der Stadtrat an den Planungen zu beteiligen, insbesondere dann, wenn der Wille hierzu bestehe.

Dies sei nach der Gemeindeordnung LSA geltendes Recht und vor diesem Hintergrund werde um Zustimmung zu diesem Antrag gebeten.

Herr Wolter Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, teilte mit, dass die Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM dem Antrag zustimmen werde.

Die Stellungnahme und die weiteren Ausführungen hierzu seien bereits zu weiteren Themen bekannt, wo eine Grenze zwischen dem eigenverantwortlichen Handeln als Oberbürgermeisterin und den Aufgaben und der Pflicht des Stadtrates gezogen werde.

Er führte auf, dass die gegebene Stellungnahme seines Erachtens nicht schlüssig sei. Insbesondere der zweite Teil der Antwort. Der Stadtrat solle in weitergehenden Überlegungen zu gegebener Zeit einbezogen werden. Genau hier knüpfe die Aussage von Herrn Paulsen an.

Die Bitte der Stadträte um Beteiligung sei konstruktiv und nicht als Auflehnung gegen die Organisationshoheit zu verstehen. Es sei das Angebot und die Forderung, dass der vorliegende Sachverhalt gemeinsam diskutiert werde.

Aus genannten Gründen müsse hierzu ein Beschluss gefasst werden, damit es ein Auftrag gibt und damit sie auch handeln können.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados merkte an, dass sowohl Herr Geier, als sie ausgesagt haben, den Stadtrat frühzeitig in die Überlegungen einzubeziehen.

Habe die Verwaltung sich zu der Situation ein Bild gemacht und ausreichend Argumente, werde man auf den Stadtrat zukommen.

So lange es sich jedoch um Überlegungen handele, die die Organisationshoheit der Oberbürgermeisterin betreffen, sei dies nicht stadtratsrelevant.

Es sei für einen Stadtrat sicher nachvollziehbar, Anliegen, die an die Verwaltung herangetra-

gen werden, nicht eins zu eins dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Aufgabe der Verwaltung ist es hier genau zu prüfen, um gegenüber dem Stadtrat argumentieren zu können und ggf. auch Problembereich ansprechen zu können.

Die Beauftragung, gemeinsam mit dem Beteiligungsmanagement bis zur Stadtratssitzung im November die Vor- und Nachteile zur Umwandlung der Sportverwaltung vorzustellen sei nicht Aufgabe des Stadtrates.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sagte, dass man sich bereits seit Monaten mit dem Sportprogramm beschäftige. Ein Punkt dieses Programmes beinhaltet die eventuelle Ausgliederung an die Sport- und Bäder GmbH.

Diese Thematik sei nicht neu, folglich habe man sich schon in der Vergangenheit des Öfteren mit der Ausgliederung beschäftigt. Die Einbeziehung des zuständigen Fachgremiums fände aber anders als in den vergangenen Jahren nun nicht mehr statt.

Die Zuständigkeit der einzelnen Dezernate sei nicht mehr nachvollziehbar und von der monatelangen Arbeit sei nichts mehr übrig.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, teile den Eindruck, den Frau Wolff vermittelt habe.

Es bestehe noch erheblicher Klärungsbedarf, so dass er den Antrag im Namen der SPD-Fraktion in den Sportausschuss verweise.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE., gehe davon aus, dass unabhängig der Beratungen, die Verwaltung im Rat bzw. in den Ausschüssen fortlaufend berichten werde.

Hierzu sagte er weiterhin, dass er über die Dinge, die die Verwaltung betreffen von der Frau Oberbürgermeisterin informiert werden wolle und dies nicht aus der Presse entnehmen möchte.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, verwies den Antrag in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates gab bekannt, dass die Oberbürgermeisterin auch noch in den Hauptausschuss verweise.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der BeteiligungsmanagementAnstalt Halle dem Stadtrat bis zur Stadtratssitzung im November 2011 Vorschläge bezüglich des Bestehens oder Nichtbestehens einer Notwendigkeit zur Umwandlung der Sportverwaltung in der Stadt Halle (Saale) in eine andere Organisationsform vorzulegen und deren jeweilige Vor- und Nachteile aufzuzeigen. Die in der Sportausschusssitzung am 02.08.2011 vorgestellten Konzepte des Stadtsportbund Halle e.V. sind in die Untersuchungen einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion in den
Sportausschuss

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den
Hauptausschuss

zu 7.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Gutachtens zum aufgabenbezogenen Finanzbedarf der Kommunen in Sachsen-Anhalt
Vorlage: V/2011/10078

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, äußerte, dass im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen die schlechte Finanzlage der Stadt Halle beklagt werde.

In diesem Jahr werde durch das Land 30 Millionen Euro zu wenig zugewiesen, um die Aufgaben zu erledigen.

Weiterhin müsse man zur Kenntnis nehmen, dass das Land derzeit und ggf. auch zukünftig nicht gewillt ist, Änderungen im Finanzausgleichgesetz vorzunehmen.

Er wies auf die Diskussionen zu den Kürzungen hin. Zunächst sei die Rede von 120 Millionen Euro gewesen, dieses wurde zwar am gestrigen Tag ein Stück weit revidiert. Dennoch wolle er deutlich hervorheben, dass diese teilweise Rücknahme nur kreisangehörigen Gemeinden zu Gute komme.

Im Umkehrschluss bedeute dies, dass für Halle Kürzungen im Raum stehen und für die Folgejahre keine Besserung in Sicht sei.

Nicht zuletzt wegen steigenden Sozialausgaben werde man mit harten Auseinandersetzungen mit der Landesregierung rechnen müssen.

Die Stadt Halle müsse sich darauf vorbereiten eine Klage anzustrengen, zumindest aber sich an einer Klage gegen das FAG beteiligen. Hierfür sei die Abbildung des realen Finanzbedarfes zur Erledigung der Aufgaben unbedingt erforderlich. Die bisherigen Zahlen seien eine gute Schätzung, für eine Klage jedoch nicht ausreichend.

Aus diesem Grund sei das Gutachten erforderlich, um für die Auseinandersetzung gewappnet zu sein. Dieses solle durch den Städte- und Gemeindebund erarbeitet werden, um so mit gültigen Zahlen in der Zukunft agieren zu können.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass sie den Vorschlag zur Beauftragung zur Erstellung eines Gutachtens über den Städte- und Gemeindebund nicht für zielführend erachte.

Gründe hierfür seien in der Dominanz der kreisangehörigen Städte im Städte- und Gemeindebund zu sehen. Es sei zu erwarten, dass die Umverteilung über die drei Gruppen, also Landkreise, kreisangehörige Städte und kreisfreie Städte, hinweg nicht erfolgen werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teile dennoch die Meinung von Herrn Wehrich, dass die Stadt Halle gewappnet sein müsse.

Sie fügte hinzu, dass ein Kabinettsbeschluss zum FAG gefasst wurde, wonach die Systemfehler behoben werden müssen. Die Landesregierung gäbe hierzu ein Gutachten in Auftrag, so dass sie der Meinung sei, dass ein weiteres Gutachten über den Städte- und Gemeindebund wenig hilfreich sei.

Um eine ausführlichere Diskussion hierzu zu führen, verweise sie den Antrag in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Herr Krause, SPD-Fraktion, sagte aus, dass diese Intention des Antrages verständlich sei.

Dennoch halte er es für sinnvoller das Gutachten des Finanzministers abzuwarten, denn hier sie die Betrachtung der Aufgabenbezogenheit als Aufgabenstellung enthalten. Im Gegensatz dazu werde man beim Städte- und Gemeindebund wegen der Mitgliederzahl eher Schwierigkeiten haben, die Interessen durchzusetzen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., brachte zum Ausdruck, dass die Befürchtungen der Oberbürgermeisterin zum Gutachten des Städte- und Gemeindebundes auch für das Gutachten der Landesregierung zutreffend seien.

Es könne auch seitens der Landesregierung eine Obergrenze für kommunale Zuwendungen vorgegeben sein. Dem ein 100%iges Vertrauen zu entgegen könne er nicht nachvollziehen.

Seitens der Verwaltung habe er zumindest einen Vorschlag erwartet, welchen Weg man weiterhin einschlagen könne.

Herr Dr. Meerheim werde den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN unterstützen.

Er fügte hinzu, dass er sich auf den Finanzminister nicht verlassen werde, denn dieser sei schließlich an der Stelle der Gegenpart.

Unter Umständen könne es hilfreich sein, alle drei Betroffenen mit ins Boot zu holen und Geld zu investieren, um dann am Ende mehr zu bekommen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass dies ein Grund dafür gewesen sei, dass der Antrag in den Ausschuss verwiesen wurde. So habe man die Möglichkeit, mit einem Vorschlag an die Fraktionen heranzutreten.

Augenblicklich überschlagen sich die Ereignisse und es solle doch im Finanzausschuss diskutiert werden und wirklich abgewogen werden, was der bessere Weg sei.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, äußerte, dass auch er den Weg einer Klage nicht für undenkbar halte, um so zu einer mehr oder weniger objektiven Entscheidung per Gericht zu kommen.

Nun ein weiteres Gutachten zu beauftragen neben dem, was die Landesregierung in Auftrag gegeben habe, sei nicht vorteilhaft.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) setzt sich im Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt für die Beauftragung eines wissenschaftlichen Gutachtens zur Bestimmung des auskömmlichen aufgabenbezogenen Finanzbedarfs aller Kommunen im Bundesland ein. Dieses sollte in der zweiten Jahreshälfte 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**
durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

zu 7.6 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Verbesserung der touristischen Vermarktungsmöglichkeiten der Hausmannstürme und des Roten Turms
Vorlage: V/2011/10085

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER – NEUES FORUM, äußerte, dass die Fünf Türme auf dem Marktplatz ein Wahrzeichen für die Stadt Halle seien. Im Vergleich zu anderen Städten werden sie touristisch eher stiefmütterlich behandelt.

In Halle sei die Besichtigung der Fünf Türme nur eingeschränkt möglich. Als Beispiel führte er den Roten Turm an, dieser sei einmal wöchentlich über eine Anmeldeleiste zu besichtigen. Dies sei eine unglückliche Verfahrensweise, wenn man Touristen damit ansprechen möchte.

Die Situation der Vermarktung der Hausmannstürme und des Roten Turmes müsse insgesamt verbessert werden. Es könne beispielsweise eine Prüfung erfolgen, ob man die Hausmannstürme mit einer höheren Personenzahl begehen könne.

Offensichtlich werden in anderen Städten mit touristischen Attraktionen, wie Berlin oder Köln, bauordnungsrechtliche Vorschriften insofern umgangen, dass eine höhere Frequentierung, trotz ebenso bspw. kleiner Stufen, möglich sei.

Herr Häder erachte es für notwendig eine schnelle Umsetzung durchzuführen und könne die durch die Verwaltung angebrachten Gründe zu erforderlichen Prüfungen hinsichtlich des Roten Turmes nachvollziehen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um eine veränderte Formulierung, um den Antrag mehr Spielraum zu geben. Die Prüfung der Verwaltung könne dann in mehrere Richtungen gehen und müsse sich nicht auf die Veränderung der Öffnungszeiten versteifen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, teilte mit, dass die Fraktion signalisiere, den Beschlusspunkt 1 entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung zu ändern und **z. B.** Öffnungszeiten hinzufügt.

Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE., verwies den Antrag im Namen der Fraktion in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderungen sowie Beschäftigung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. die Besichtigungsmöglichkeiten des Roten Turms dahingehend zu verbessern, dass **z. B.** feste Öffnungszeiten - ähnlich wie durch das Stadtmarketing bei den Hausmannstürmen - angeboten werden, zu welchen - ohne zwingende vorhergehende Reservierung - eine Besichtigung möglich ist,
2. zu prüfen, inwieweit es möglich ist, die bisher bestehende Begrenzung der für eine Besichtigung der Hausmannstürme zulässigen Personenzahl anzuheben,
3. nach erfolgter Prüfung (siehe Beschlusspunkt 2) - im Falle der rechtlichen Zulässigkeit der Anhebung der derzeitigen Personenbegrenzung - alles Notwendige zu veranlassen, um künftig die Besichtigung der Hausmannstürme durch größere Besuchergruppen zu ermöglichen und dadurch die touristischen Vermarktungsmöglichkeiten zu verbessern.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE. in den
Ausschuss für Wirtschafts- und Wissenschaftsförderung sowie Beschäftigung

zu 7.7 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Berichterstattung Umsetzung Inklusion in Schulen und Horteinrichtungen in der Stadt Halle
Vorlage: V/2011/10084

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, erklärte, dass sie die Änderungen vorgenommen habe.

Die Schulen obliegen der Landeshoheit, so dass sie von Herrn Beigeordneten Kogge keine Stellungnahme zu diesem Thema erwarte.

Dieses Problem sei nun erkannt. Für die Träger, die damit arbeiten müssen, sei es spätestens 2012/2013 ein Problem in den Horteinrichtungen.

Frau Wolff führte weiterhin an, dass die Berichterstattung und die ausgearbeiteten Analysepunkte, für wichtig erachtet werden.

Mittlerweile sei es für die Freien Träger zu einem echten Problem geworden. Es wurde zudem der Handlungsbedarf im Unterausschuss Jugendhilfeplanung erkannt und sie verweise auf die Liste, die gemeinsam mit dem Schulamt und dem Jugendamt erarbeitet wurde.

Bereits jetzt gäbe es für 2012/2013 mehrere Schulen im Stadtgebiet, die für Horteinrichtungen und steigende Zahlen umgerüstet werden müssen.

Ihrer Meinung nach müsse auf das Problem reagiert werden, unabhängig von dem, was das Land entscheiden werde.

Die Horteinrichtungen seien Aufgabe der Stadt und man könne nicht erst warten bis die ersten Anmeldungen kommen. Für Inklusionskinder liegen diese bereits vor. Dann zur gegebenen Zeit zu sagen, diese nicht aufnehmen zu können, weil der Schlüssel unbekannt sei oder die baulichen Maßnahmen nicht entsprechend seien, werde nicht gehen.

Die angedachte Zeitschiene November sei etwas zu kurz gegriffen, dennoch sollte hierzu zeitnah der Bericht zur Umsetzung erfolgen, denn 2012/2013 müssen die Kinder in den Einrichtungen aufgenommen werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte die Meinung von Frau Wolff, dass sich die Stadtverwaltung mit der Thematik intensiver befassen müsse und verwies den Antrag in den Bildungsausschuss und in den Jugendhilfeausschuss.

In den Ausschüssen solle man sich mit den Argumenten der Verwaltung, den Zahlen und den Aussagen hierzu beschäftigen und im Anschluss dem Stadtrat einen Bericht vorlegen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

bis Ende November 2011 schriftlich zu berichten, wie die Umsetzung des Anspruches auf inklusive Pädagogik und Betreuung ~~in Schulen~~ sowie in Horteinrichtungen realisiert wird. In der Berichterstattung sollen Aussagen zur:

- *Anzahl von Anträgen auf Kinderbetreuung (speziell Hortbetreuung)*
- *Anzahl der Realisierung der Anträge*
- *Gewährleistung der Wohnortnähe*
- *Gewährleistung der zusätzlichen Hortbetreuung von FörderschülerInnen während der Ferienzeiten*
- *Anzahl der Anträge auf Betriebserlaubnis der Träger/ Ausnahme- und Einzelfallregelungen für Einrichtungen/Träger sowie Anträge zur Herstellung von bauliche und sächliche Barrierefreiheit*
- *Anzahl Genehmigungen der Träger*
- ~~*Auswirkungen auf die Förderlandschaft der Schulen*~~
- *Hemmnisse und Schwierigkeiten bei der Ausführung*

enthalten sein.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den
**Jugendhilfeausschuss,
Bildungsausschuss**

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

**zu 8.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Einsatzkoordination der Leitstelle
Vorlage: V/2011/10058**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 **Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Arbeit des Ordnungsamtes**
Vorlage: V/2011/10059

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 **Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Entwicklung der Peißnitzinsel**
Vorlage: V/2011/10060

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im Oktober 2011 vertagt.

zu 8.4 **Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Werbung im öffentlichen Straßenraum**
Vorlage: V/2011/10061

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im Oktober 2011 vertagt.

zu 8.5 **Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle zum Bürgerprogramm der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: V/2011/10065

Die Anfrage wurde bis zur Stadtratssitzung im Oktober 2011 zurückgestellt.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., teilte mit, dass, obwohl er an der Hauptausschusssitzung teilgenommen habe, sich nicht daran erinnern könne, einen Verzicht auf die Beantwortung der Anfrage geäußert zu haben. Seitens der Frau Oberbürgermeisterin Szabados wurden Vorstellungen zur Umgangsweise geäußert und die Fraktionen gebeten sich diesbezüglich zu positionieren. Dies heiße nicht, dass die Fraktion DIE LINKE., die die Anfrage bereits vor der Hauptausschusssitzung gestellt habe, auf eine Antwort im Monat September verzichten wolle.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados merkte an, das sie in dem Zusammenhang sagte, dass sie die Auswertung abwarten wolle und dann im Oktober eine Antwort auf die Anfrage geben werde.

Auch habe sie gefragt, ob die Fraktion DIE LINKE. mit dieser Verfahrensweise einverstanden sei und sie habe ein sehr lautes Nicken vernommen.

zu 8.6 Anfrage der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE.) zur Kindergesundheit
Vorlage: V/2011/09989

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.7 Anfrage der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE.) zur gesundheitlichen Für- und Vorsorge von älteren Menschen in Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09998

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.8 Anfrage des Stadtrates Swen Knöchel (Fraktion DIE LINKE.) zum Programm STARK III
Vorlage: V/2011/10066

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.:

Eine Anmerkung und eine Nachfrage. Also ich finde die Art und Weise der Beantwortung recht befremdlich. Es ist, glaube ich, eines der wichtigsten und umfangreichsten Programme, die die Landesregierung auflegen möchte, was auch mit dem 50 %igen Finanzierungsanteil, welcher ja in diesem Schreiben benannt worden ist, drin stand.

Und dann antwortet mir der Sozialdezernent statt des Kämmerers, wir haben überhaupt nicht Stellung dazu genommen. Nicht Stellung nehmen heißt, die Stadt Halle hat das Geld, um das Programm gegen zu finanzieren.

Verstehe ich das richtig?

Zweite Frage: Welche Investitionsliste haben Sie da reingegeben? Beinhaltet die auch die freien Träger, Herr Kogge? Haben Sie da Rücksprache mit freien Trägern genommen?

Ich bin nämlich auf die Frage gekommen, weil ich aus anderen Landkreisen angesprochen worden bin, dass man sich dort mit den freien Trägern ins Benehmen gesetzt hat.

Und drittens: Sie schreiben hier, das finde ich gut, dass Sie den Demografiecheck vorbereiten. Herr Kogge, wenn Sie den erst vorbereiten, warum laufen Sie dann jetzt schon durch die Gegend und erzählen verschiedenen Trägern, dass ihre Einrichtungen wegen des Demographiechecks zukünftig keinen Bestand mehr haben.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Herr Kogge, bitte.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung:

Das Programm STARK III, so wie es jetzt aussieht, verlangt einen Demografiecheck.

... *Zwischenrufe*

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung:

Das Programm STARK III, so wie es jetzt aussieht, verlangt einen Demografiecheck. Und dieser muss erst einmal erstellt werden. Punkt 1.

Punkt 2: Dieses Programm, wie es jetzt momentan angedacht ist und von dem es erste Entwürfe gibt, ist noch nicht das Programm als solches, über das man diskutiert wie groß es sein wird, wie seine Gegenfinanzierung sein soll etc.

Wir haben uns als Städte gemeinsam, genauso wie die verschiedenen Beigeordneten, dafür eingesetzt, dass die 50:50-Finanzierung so nicht bleiben kann, weil das ein Problem auch unserer Haushaltssituation wäre - wir wollen einen höheren Anteil der Finanzierung haben.

Entschuldigung - Sie haben mich zu einer Zeit gefragt - wir haben zwischendrin weiter gearbeitet. Und wir haben zwischendrin natürlich auch geschaut, was können wir tun. Und Sie wissen, dass wir gerade in diesem Bereich nicht untätig waren. Bis das Programm bei uns endgültig vorliegt, haben wir natürlich alle Kanäle genutzt, die es überhaupt gibt, um nicht nur zuzuschauen, was nachher Inhalt dieses Programms ist, sondern alle Gestaltungsmöglichkeiten, die wir haben, auszunutzen.

Auf uns zukommen wird, dass wir sagen können: Ja, wir können Neubauten machen, ja, wir können Sanierungen machen.

Es wird große Projekte geben, es wird primär die Bildungslandschaft treffen, d. h. Schulen und Kindertagesstätten. Und es ist klar, dass Öffentliche und Private in gleicher Weise beteiligt werden, genauso auch wie die freien Träger in STARK III.

Zu Ihrer Frage wer drin ist oder nicht drin ist im Programm: Das ist eine Frage, die nachher dann im Programm geklärt werden muss. Und da sind wir momentan dabei, eine entsprechende Untersetzung vorzubereiten.

Das ist momentan der Stand.

Ende des Wortprotokolls.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.9 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber (Fraktion DIE LINKE.) zum Ratsinformationssystem
Vorlage: V/2011/10000**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.10 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Umsetzung der UN-Dekade

**"Bildung für nachhaltige Entwicklung" (BNE)
Vorlage: V/2011/10056**

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, merkte an, dass die Beantwortung der vierten Frage nicht zufriedenstellend sei. Es interessiere ihn, aus welchen Gründen die Stadt Halle an der Bilanzveranstaltung in Hannover im Dezember 2011 nicht teilnehmen werde.

Weiterhin wolle er wissen, ob seitens der Freien Träger Beteiligungen zu verzeichnen sind. Er fügte hinzu, dass Städte wie Leipzig und Erfurt in dieser Richtung viel weiter seien als Halle und fragte nach den Gründen der Zurückhaltung.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, teilte mit, dass er die Fragen nicht verstehen konnte.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados, führte aus, dass die Stadt Halle sich derzeit in der vorläufigen Haushaltsführung befände und es genau abgewogen werden müsse, an welchen Veranstaltungen die Stadt Halle teilnimmt.

Sie versicherte, entsprechend der schriftlichen Antwort, die Resultate der Veranstaltung abzufragen, um sie dann mit den laufenden Maßnahmen in der Stadt Halle abzugleichen.

Erfahrungsgemäß seien die Resultate derartiger Großveranstaltungen gering, so dass die Teilnahme der Stadt Halle nicht erfolgt.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.11 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zum Gebietsänderungsvertrag zwischen Landsberg und der Stadt Halle (Saale) [V/2010/09127]
Vorlage: V/2011/10074**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.12 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zur Nutzung des Marktplatzes am 10. September 2011 durch das BBZ Lebensart e.V.
Vorlage: V/2011/10075**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu geplanten Straßenbauvorhaben in Halle
Vorlage: V/2011/10016**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Orientierungssystemen für Blinde und Sehbehinderte
Vorlage: V/2011/10010

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu leer stehenden Schulgebäuden
Vorlage: V/2011/09899

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum kommunalen Flächenmanagement
Vorlage: V/2011/10071

Herr Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, hatte eine Nachfrage bezüglich der Aussage von Herrn Beigeordneten Neumann im Wirtschaftsförderungsausschuss. Hiernach werde das kommunale Flächenmanagement in Halle-Ost wegen nicht vorhandener Nachfrage eingestellt.

Der schriftlichen Antwort hierzu sei zu entnehmen, dass nicht genügend Mittel aus dem städtischen Haushalt bereitgestellt werden können.

Er bat um Erklärung. Weiterhin merkte er an, dass die zweite Frage nicht beantwortet sei.

Her Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit, teilte mit, dass es derzeit keine Nachfrage an Flächen in kommunalem Eigentum gäbe. Prinzipiell gebe es Nachfrage an Flächen, es sei aber nicht erforderlich, diese vorher zu erwerben.

Um die Frage nach dem Unternehmenskonzept zu beantworten, merkte Herr Neumann an, dass dieses Konzept im Aufsichtsrat diskutiert wurde und wie schon im Wirtschaftsförderungsausschuss angekündigt, hierzu demnächst eine Vorlage kommen werde. Es werde dann die Entwicklung am Gewerbegebiet im Starpark an der A14 insgesamt dargestellt sowie die weitere Entwicklung dieser Erschließung.

Er fügte hinzu, dass das Unternehmenskonzept des Unternehmens darauf ausgerichtet sei, das Gewerbegebiet zu erschließen und auch umzusetzen. Die Thematik des Flächenmanagement stehe dann erst wieder auf der Tagesordnung, wenn die Eingemeindung dort gelinge.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

zu 8.17 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Zwischenstand der Umsetzung des E-Government-Masterplans 2008-2012**
Vorlage: V/2011/10072

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.18 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Investitionen aus dem Krippenausbauprogramm**
Vorlage: V/2011/10073

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.19 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausnahme genehmigungen bei der Umweltzone**
Vorlage: V/2011/10079

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.20 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Bebauungsplänen 32.3 und 32.4 Heide-Süd**
Vorlage: V/2011/10080

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.21 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Einnahmen der Stadt nach der Straßenausbaubeitragssatzung**
Vorlage: V/2011/10081

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.22 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Fortschreibung des Nahverkehrsplanes und des Verkehrsbedienungsvertrages**
Vorlage: V/2011/10082

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.23 Anfrage des Stadtrates Oliver Paulsen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Auslastung städtischer Kindertageseinrichtungen
Vorlage: V/2011/10083**

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, teilte mit, dass die Frage drei zu den Mindeststandards der Raum- und Freiflächengrößen, die bei der Erteilung der Betriebserlaubnis für Horte und Kindertagesstätten zugrunde gelegt werden nicht, beantwortet sei.

Der Verweis auf den § 14 des KiföG sei nicht ausreichend. Er wolle wissen, was die Stadt Halle als ausreichend und kindgerecht bemessen bezeichne. Hierzu müsse es seitens der Verwaltung Festlegungen geben.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, führte aus, dass die sehr unterschiedlichen Lagen der Kindertagesstätten problematisch sei. Zum einen seien hier die innerstädtischen mit großen Problemen in den Außenbereichen und die am Rande gelegenen Einrichtungen mit eher großen Außenflächen. Er fügte hinzu, dass man immer den Einzelfall betrachten müsse.

Seitens des Landes Sachsen Anhalt wird eine normative Größe nicht vorgegeben. In Sachsen werde beispielsweise eine Größe von 10m² Außenfläche pro Kind vorgeschrieben.

Es sei eine Einzelfallentscheidung zu treffen, so dass abgewogen werden muss und die Außenflächen mit genug Bewegungs- und Spielraum mit den Wünschen der Eltern nach einem Kindertagesstättenplatz ins Verhältnis gesetzt werden müsse

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung bot an, eine Art Rahmen zu erarbeiten, in dem die Außenflächen mit Größe, aufgegliedert nach den einzelnen Stadtteilen, erkennbar sind.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, wolle nur die maximalen Untergrenzen aufgezeigt bekommen.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.24 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum
Stadtbad und der Robert-Koch-Schwimmhalle
Vorlage: V/2011/10086**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9 Mitteilungen

zu 9.1 Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.2 Projektbericht zur Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens in der Stadt Halle (Saale)

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

weitere Mitteilungen:

9.3 Bericht zum Hochwasser und der Situation Reide/ Osendorfer See

Frau Oberbürgermeisterin Szabados, teilte mit, dass dieser Bericht der Verwaltung vorliege. Es seien noch Fokussierungen vorzunehmen, im Anschluss daran werde er den Stadträten zugestellt.

9.4 Veranstaltung zum Fachforum „Möglichkeiten, Chancen und Hemmnisse für Gleichstellungspolitik auf kommunaler Ebene“

Frau Oberbürgermeisterin Szabados, wies auf die Veranstaltung am 07.10.2011 hin und bat die Fraktionen ausdrücklich darum, sich an dieser Veranstaltung zu beteiligen, um so die Unklarheiten und Missverständnisse beheben können.

9.5 Festveranstaltung zum Tag der Deutschen Einheit

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass kommenden Freitag um 17 Uhr im Festsaal hierzu eine Veranstaltung stattfindet. Auch hier bat sie die Stadträtinnen und Stadträte um rege Teilnahme. Den Festvortrag werde Herr Möller, der Rundfunkchef des MDR halten.

9.6 Zweitwohnsitzsteuer für Internatsschüler

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, bezog sich auf seine E-Mail vom 22.09.2011, welche alle Ratsfraktionen erreicht habe.

Er machte Ausführungen zur Sachlage, wonach durch das Steueramt, auf Grundlage der gültigen Zweitwohnsitzsteuer Erhebungsbögen versandt wurden.

Diese Erhebungsbögen wurden zusammen mit einem Anschreiben, welches die Sachlage zur Zweitwohnsitzsteuer in Halle erkläre, verschickt. Hierbei gehe es nicht um die Frage rückwirkend zum 1. Januar 2004 Zweitwohnsitzsteuer zu erheben, sondern konkret bei den Betroffenen, die im Meldestatus eines Zweitwohnsitzes, sind nachzufragen, wie dort die individuelle Situation sei.

In der Stadtratssitzung im November 2010 habe der Stadtrat bereits reagiert und es wurde eine Ergänzung bezüglich der Internatsschüler getroffen, es heißt „Wohnungen von Personen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, die aus beruflichen Gründen zu Schul- oder Ausbildungszwecken in Wohnungen sind, sind von der Zweitwohnungssitzsteuer befreit.“

Dementsprechend werden die Einzelfälle bei Jugendlichen ab dem 18. Lebensjahr, als ab Volljährigkeit, die in einem Internat oder Wohnheim leben, geprüft.

Es werde nun mittels dieses Erhebungsbogens in jedem Einzelfall geschaut, ob und inwieweit überhaupt eine entsprechende Zweitwohnsitzsteuerpflicht besteht.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 10 mündliche Anfragen von Stadträten

Frau Raab, FDP Stadtratsfraktion, äußerte sich zum Salz- und Hansefest am vergangenen Wochenende in der Stadt Halle und merkte an, dass sie dem Offenen Brief von Herrn Bartl ausdrücklich zustimme

Sie fragte nach, ob es Möglichkeiten seitens der Stadtverwaltung gebe, inhaltlich auf den Veranstalter einzuwirken, um eben auch den Titel des Festes bei den Veranstaltungen vorzufinden.

Lediglich zwei Stände auf dem Markt hatten etwas mit dem Thema Salz zu tun.

Ansonsten könne man dem Veranstalter den üblichen Platz für Rummel und Kirmes zuweisen, den Platz vor der Eissporthalle.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerte, dass das Salzfest bereits zum 17. Mal stattgefunden habe und mittlerweile eine Tradition sei.

In den vergangenen Jahren, seien die Veranstaltungen ganz unterschiedlich gewesen. Zu Beginn konnte man beispielsweise die Siedekothe auf dem Marktplatz betrachten.

In diesem Jahr habe man das Hanse- mit dem Salzfest verbunden. Dabei wurde klar orientiert, dass auf der Saline der Mittelpunkt mit der Hanseausstellung und dem Salz sei. Es wurde sogar eine Verbindung zum Markt mit dem Pferdekutschen-Shuttle geschaffen.

Dennoch seien auch ihr einige Dinge nicht entgangen, die mit dem Veranstalter besprochen werden müssen, so dass im nächsten Jahr der Marktplatz ein Angebot habe, was einer Salz- und Hanse- sowie Universitätsstadt mehr Rechnung trägt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados merkte dazu weiter an, dass die Stadt Halle dieses Fest nicht finanziert.

Attraktionen müssen finanziert werden und hierzu benötige man Händler, die Standgebühren zahlen.

Entscheiden könne dies die Stadt jedoch nicht. Der Veranstalter versuche jedoch auf die Intention der Stadt einzugehen.

Im nächsten Jahr werde man im Vorfeld intensiver diskutieren und auch das Stadtmarketing noch deutlicher mit einbinden.

Herr Kley, FDP Fraktion hinterfragte die Höhe der Kosten für die Beschilderung im Zuge der Einführung der Umweltzone.

Weiterhin wolle er wissen, ob diese Beschilderung ausgeschrieben wurde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, knüpfte an vorherige Frage von Herrn Kley an.

Er wolle die Höhe der Gebühreneinnahmen erfragen, die bisher durch die Ausnahmegenehmigungen zu verzeichnen seien.

Weiterhin fragte er nach dem aktuellen Stand zur Errichtung eines Fahrradparkhauses am Hauptbahnhof.

Er wies darauf hin, dass eine schriftliche Beantwortung zugesagt worden sei, doch diese bisher nicht vorliege.

Herr Stäglich, Beigeordneter für Planen und Bauen, antwortete, dass der Entwurf der Antwort zum Fahrradparkhaus in der letzten Überarbeitung sei.

Ein abschließender inhaltlicher Bericht könne noch nicht gegeben werden, da noch weitere Abstimmungen zum Konzept mit der NASA stattfinden müssen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte hinsichtlich der Höhe der Einnahme eine schriftliche Beantwortung in Verbindung mit der Anfrage von Herrn Kley zu.

Herr Müller, CDU-Fraktion, wurde bei dem in Halle-Neustadt stattgefundenen Bürgerforum darauf aufmerksam gemacht, dass das Christian-Wolff-Gymnasium hervorragend mit Technik ausgestattet sei, eine DSL-Verbindung aber nicht vorhanden wäre, um diese Technik auch nutzen zu können.

Seitens der Verwaltung wurde zugesichert, die erforderliche DSL-Verbindung einzurichten.

Er frage nun nach dem Verfahrensstand.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit teilte mit, dass es trotz knapper Mittel gelungen sei, die EVH mit der Umsetzung zu beauftragen.

Herr Busse, CDU-Fraktion, teilte mit, dass am Montagmorgen nach dem Salzfest der Marktplatz völlig verunreinigt war.

Es sei unsachgemäß Frittierfett in die Kanäle entsorgt worden, zudem habe eine Beräumung nicht stattgefunden.

Der entstandene Schaden durch den verspäteten Arbeitsbeginn werde nicht ersetzt.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, fragte nach dem aktuellen Stand der Auszahlungen für freiwillige Leistungen und ob bereits eine Regelung mit dem Landesverwaltungsamt zur Beantragung getroffen wurde.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, bejahte dies. Das Landesverwaltungsamt träge hierzu keine Entscheidungen.

Folglich werden die Vorgänge unter eine erhöhte Prüfung gesetzt, um Entscheidungen bezüglich der Auszahlungen zu treffen. Im Anschluss daran werde das Landesverwaltungsamt zu den Entscheidungen unterrichtet.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, hatte in Bezug auf die Bürgerversammlung in der Delitzscher Straße noch Nachfragen.

Aus den Medien konnte er erfahren, dass es neue Informationen hinsichtlich des Bauverzuges gäbe. Weiterhin sei die Rede von Kostensteigerungen bei vereinzelt Maßnahmen die Rede gewesen.

Er wolle nun konkret wissen, um welche Maßnahmen es sich hierbei handele und mit welchen Konsequenzen für die Stadt aber auch für die Bürgerschaft, die durch die Erhebung der Straßenausbaubeiträge betroffen sind, zu rechnen sei.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, teilte mit, dass bei der Maßnahme Berliner Straße mit Mehrkosten von ca. 200.000 Euro gerechnet werde.

Dies wurde durch zusätzlichen Aufwand verursacht. Dennoch seien diese Mehrkosten im Rahmen des Konjunkturpaketes zu finanzieren

Es werde weiterhin eine Folienpräsentation auf der Homepage des Straßen- und Tiefbauamtes zur Verfügung gestellt. Hier können die genauen Zeitschienen für die einzelnen Baumaßnahmen abgerufen werden.

Herr Hildebrandt, CDU Fraktion, bezog sich auf die Verschickung von zwei Schreiben des Herrn Beigeordneten Geier und bekundete sein Interesse an der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2012

Diese Schreiben beinhalten, dass der Haushalt grundlegend neu betrachtet werden müsse, verursacht durch die sinkenden Einnahmen im FAG.

Herr Hildebrandt äußerte in diesem Zusammenhang die Befürchtung, dass auf den Stadtrat und die Stadt Halle Entscheidungen über die grundsätzliche Überlebensfähigkeit von Einrichtungen zukomme.

Er erinnerte daran, dass die Lage in Dessau-Roßlau vor einem Jahr ähnlich dramatisch war, als es darum ging eine Liste von „Grausamkeiten“ zu beschließen.

Es stelle sich nun die Frage, ob für die Stadt Halle ähnliche Entscheidungen notwendig seien.

Herr Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal, merkte an, das es zunächst wichtig sei, den Standpunkt zum FAG mit dem Land zu klären.

Hier sei man vielschichtig tätig, da diese 30 Millionen Euro aufgabenbezogener FAG entscheidend über den Umfang weiterer Konsolidierungsmaßnahmen sei.

Dementsprechend sei die Verwaltung verpflichtet, mit entsprechender Kritik verschiedenste Dinge zu prüfen. Es sei in vielen Beratungen sich hierzu verständigt und geäußert worden.

Es könne eben nicht nur auf die freiwilligen Leistungen geschaut werden, sondern der Prüfungsauftrag richte sich ebenso in Richtung Beigeordnetenkollegen. Im Bereich der Pflichtaufgaben können Optimierungen möglich sein oder weitere Vorschläge eingebracht werden.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, teilte mit, in der Mitteldeutschen Zeitung einen Artikel zum Hochwasserschutz gelesen zu haben, wonach neue Perspektiven in Halle-Neustadt in Betracht kommen.

Die Brunnengalerie mit jährlichen Kosten in Höhe von 200.000 Euro solle durch eine Hochwasserschutzwand, einer sogenannten Spundwand, ersetzt werden. Die Kosten hierfür betragen 8 Millionen Euro.

Herr Schachtschneider fragte, ob dieses Projekt tatsächlich in Erwägung gezogen werde und machte darauf aufmerksam, dass mit diesen Kosten, die Brunnengalerie für weitere 40 Jahre finanziert werden könne. Weiterhin fragte er, ob sich das Land zu diesem Projekt bereits positioniert hätte.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass die Brunnengalerie aus den Anfängen von Halle Neustadt, also den 60er und Anfang der 70er Jahre stamme.

Man könne nicht nur die laufenden Betriebskosten in die Berechnung einbeziehen. Die Brunnengalerie müsse grundhaft überholt werden, da der Zustand marode sei.

Das Umweltministerium wolle nun die Ursachen der Vernässungen im Grundwasseranstieg modellhaft untersuchen und Möglichkeiten aufzeigen, um dagegen vorzugehen.

Es solle in diese Untersuchungen auch die Variante der Spundwand einfließen. Das Gutachten selbst werde erst Mitte nächsten Jahres vorliegen und die Stadtverwaltung hoffe ein vernünftiges und nachhaltiges Ergebnis zu erhalten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fügte hinzu, dass nach dem letzten Hochwasser Sofortmaßnahmen eingeleitet wurden, so dass bei auftretendem Hochwasser die Brunnen zumindest soweit in Stand gesetzt werden konnten, dass sie funktionieren.

Der Landeshochwasserbetrieb habe zudem die Standfestigkeit des Dammes untersucht und es konnte erreicht werden, dass es nun ein anerkannter Hochwasserschutzdamm ist und demzufolge Landesaufgabe sei.

Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE., bezog sich auf den Grundsatzbeschluss für den nördlichen Teil der Großen Ulrichstraße. Bis Baubeginn können weitere 1,5 Jahre vergehen.

Er frage an, ob eine Zwischenlösung gefunden werden könne, die völlig zerstörten Wege zu reparieren.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, teilte mit, dass diese Problematik bei der HAVAG angesprochen werde, um ggf. eine kurzfristige, provisorische Maßnahme herbeizuführen.

Er merkte an, dass eine derartige Reparatur bereits im südlichen Teil vorgenommen wurde. Im Planungsausschuss werde er über die erzielten Ergebnisse berichten.

Frau Leibrich, Fraktion DIE LINKE., fragte bezogen auf die Arbeitsmarktsituation, wie die Stadtverwaltung die Einstellung von Langzeitarbeitslosen, insbesondere Ältere, einschätze.

Es sollen dabei die Einstellungen in bestehende - und durch Neuansiedlungen ermöglichte Unternehmungen betrachtet werden.

Frau Leibrich machte darauf aufmerksam, dass im Stadtteil Silberhöhe ein Projekt mit dem Namen „Silberstreif“ entwickelt wurde. Inhalt dieses Projektes sei die Nutzung von freien Flächen als sogenannte Waldgärten. In diesem Zusammenhang fragte sie nach Möglichkeiten der Publizierung dieses Projektes. Sie sehe es zum Einem als Motivierung der Anwohner und zum Anderem als Möglichkeit zur Verbesserung des äußeren Erscheinungsbildes der Silberhöhe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass ein Arbeitsmarktbericht vorläge. Ihr sei jedoch nicht bekannt, ob dieser bereits in den Gremien behandelt wäre, sollte dies nicht der Fall sein, werden ihr die Zahlen schriftlich zugehen.

Die Nutzung der freien Flächen als Waldgärten werde von der Stadtverwaltung als Anregung aufgenommen. Weiterhin soll geschaut werden, ob man hieraus ein Projekt entwickeln könne.

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., teilte mit, dass in den Ausschusssitzungen gehäuft Anfragen zu den Fördermitteln gestellt werden.

Sie frage daher nach dem Stand der aktuellen Situation. Insbesondere welche konkreten Anträge bereits vorliegen und was bisher ausgezahlt wurde. Es solle hierbei eine Aufschlüsselung nach den Bereichen Sport, Gleichstellung, Soziales, Kultur, Familie, Jugend und Umwelt erfolgen.

Hintergrund ihrer Anfrage seien Existenzschwierigkeiten, die die Freien Träger bereits angezeigt hätten.

Viele der Freien Träger können sich mit Hilfe von Mittelbereitstellungen anderer Stellen retten, doch mittlerweile seien auch diese ausgeschöpft.

Weiterhin frage sie, ob der Verwaltung bereits Probleme, z.B. Abbau von Beratungsleistungen oder Projekteinstellungen angezeigt wurden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass die Verwaltung ohnehin angehalten sei Berichterstattung abzugeben. Sie fügte hinzu, dass bereits Herr Geier vertiefte Prüfungen angekündigt habe.

Die Situation sei jedoch anders als in den vorherigen Jahre. Es läge ein nicht genehmigter Haushalt vor. Bereits im Vorjahr habe das Landesverwaltungsamt mitgeteilt, dass es die Situation kaum zulasse, dass die Freien Träger kein Geld bekommen werden. Und dies habe man auch so an die Träger durchgestellt.

Die Argumentation, dass ein Träger in seiner Existenz gefährdet sei, ist an dieser Stelle unangebracht. Es handele sich hierbei um eine freiwillige Leistung. Die Auszahlung muss eindeutig unverzichtbar und unabweisbar sein.

Dr. Diaby, SPD-Fraktion, fragte bezüglich des im Jahr 2009 beschlossenen Kleingartenkonzeptes, ob es hierzu Neuigkeiten gäbe. Weiterhin teilte er mit, dass sich viele Kleingärtner insbesondere zur Problematik Leerstand und demographischen Entwicklung gegenüber der Fraktion äußern und er hier großen Handlungsbedarf sehe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass sich das Kleingartenkonzept in Arbeit befände.

Weiterhin wies sie darauf hin, dass sich einzelne Kleingärtner an den Stadtverband wenden mögen.

Die Erarbeitung des Konzeptes erfolge mit dem Stadtverband in enger Zusammenarbeit. In der nächsten Kleingartenbeiratsveranstaltung werde dies behandelt und sie gehe davon aus, dass es bald im Stadtrat eingebracht werden könne.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 11 Anregungen

zu 11.1 Anregung der SPD-Stadtratsfraktion zur Ampelregelung an der Kreuzung Burgstraße / Seebener Straße /Kröllwitzer Straße Vorlage: V/2011/10057

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, fügte der schriftlichen Stellungnahme hinzu, dass dieser Bereich in die Diskussionen zum Stadtbahnprogramm einbezogen werde.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

weitere Anregungen:

Herr Bonan SPD-Fraktion, regte an, den Windfang des Stadthauses öfter zu reinigen. Die letzten Monate und Wochen sei der Anblick vergleichbar wie mit dem einer Müllkippe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte, dass sowohl der Hausmeister, als auch die Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung den Windfang mehrmals am Tag reinigen.

Es handele sich hierbei um einen Kamineffekt, so dass, wenn man die Tür aufmacht, alles von Draußen hereinzieht. Es werde jedoch besonders vor Stadtratssitzungen und Veranstaltungen die Verunreinigungen beseitigt.

Es gab keine weiteren Anregungen.

zu 12 **Anträge auf Akteneinsicht**

Anträge auf Akteneinsicht lagen nicht vor.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, beendete die 25. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Kraft
Protokollführerin